



Europa.

Das Wissensmagazin
für Jugendliche



Europäische Union

Sie finden die Broschüre „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ sowie ein begleitendes Lehrerheft im Internet unter:

http://europa.eu/teachers-corner/index_de.htm

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
Veröffentlichungen
1049 Brüssel
BELGIEN

Manuskript abgeschlossen im September 2014

Text: Eckart D. Stratenschulte, Europäische Akademie Berlin

Die Publikation „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“ wurde ursprünglich von der Aktion Europa (Bundesregierung, Europäisches Parlament, Europäische Kommission) in Deutschland herausgegeben. Sie wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, überarbeitet und aktualisiert. Das ursprüngliche Layout stammt von Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation, Berlin/MetaDesign AG, Berlin. Die Bilderserie mit den Jugendlichen Alice, Janette, Jello, Motian und Patricia wurde ebenfalls von Zeitbild erarbeitet.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISBN 978-92-79-40210-4

doi:10.2775/25536

© Europäische Union, 2015

Nachdruck gestattet. Zur Verwendung oder Vervielfältigung einzelner Fotos muss eine Genehmigung direkt von den Urheberrechtssinhabern eingeholt werden.

Europa.

Das Wissensmagazin für Jugendliche



Inhalt

1 Europa im Alltag

4

„Hi! Wir sind von der Robert-Jungk-Oberschule in Berlin und werden euch durch dieses Magazin führen.“



2 Die Europäische Union – wer ist das eigentlich?

10

Die Europäische Union besteht aus 28 Ländern, die sich zusammengeschlossen haben, um ihr Schicksal gemeinsam in die Hand zu nehmen.



3 Wie funktioniert die Europäische Union?

16

Oft wird die EU mit einem Staat verglichen. Doch ist die EU ganz anders aufgebaut.

4 Die EU – was macht die eigentlich?

24

Manche Leute sagen, die EU tue nicht genug; andere wiederum meinen, sie würde sich überall einmischen. Was ist denn nun richtig?



5 Europa geht weiter – die Erweiterung der Europäischen Union

34

Die Europäische Union wurde von sechs Staaten gegründet, war aber immer auf das ganze Europa angelegt, also offen für weitere Mitglieder.



6 Europa in der Welt

40

Wir Europäer sind nicht allein auf der Welt. Wir stellen nicht einmal die Mehrheit der Weltbevölkerung, bei weitem nicht.

7 Die Zukunft Europas

46

Wie geht es weiter? Sehen wir uns die Aufgaben der EU im 21. Jahrhundert an.



Europa im Alltag



„Hi! Wir sind Alice, Jello, Patricia, Motian und Janette von der Robert-Jungk-Oberschule in Berlin, einer Gesamtschule mit deutsch-polnischen Europa-Klassen. Ihr werdet uns mit ein paar wichtigen Infos in diesem Magazin wiedersehen. An vielen Stellen findet ihr interessante Aufgaben, kleine Quiz- und Diskussionsideen. Ihr werdet sehen: Lernen kann richtig Spaß machen!“

Europa liegt woanders. Dieser Satz ist natürlich unsinnig, denn für uns als EU-Bürger ist Europa unser Zuhause. Wir sind also mittendrin. Aber dennoch scheint Europa für viele Menschen weit weg, vor allem die Europäische Union, also der Zusammenschluss von europäischen Staaten, die ihr Schicksal gemeinsam gestalten wollen. Ziel dieses Kapitels ist es, sich ein wenig mit der Europäischen Union vertraut zu machen. Sie werden schnell sehen: Europa – das sind wir!

Aufgabe

Wie weit ist „Brüssel“ entfernt?

Täglich hören wir von der Europäischen Union in den Nachrichten oder lesen von ihr in den Zeitungen. Dennoch interessieren sich viele gar nicht für die EU. Woran, meinen Sie, liegt das?

- Die EU ist für unser Leben nicht wichtig.
- Die EU ist viel zu kompliziert. Die Medien berichten nicht genug über die EU.
- Alle bedeutenden Fragen werden in den Mitgliedstaaten und nicht in Brüssel oder Straßburg entschieden, daher reicht es, sich mit der nationalen Politik zu befassen.
- Politik ist generell langweilig.



Kleines Europaquiz

Wie viele Mitgliedstaaten hat die Europäische Union?

- 12
- 15
- 25
- 28
- 30

Wie werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt?

- Gar nicht, sie werden vom jeweiligen Staatsoberhaupt auf Vorschlag des Regierungschefs ernannt.
- Bei der Parlamentswahl in jedem Mitgliedstaat, da die Europaabgeordneten zugleich auch Mitglieder des jeweiligen nationalen Parlaments sind.
- Sie werden von den Länderparlamenten in das Europaparlament entsandt.
- In allgemeinen und geheimen Wahlen, genau wie die Parlamentsabgeordneten im eigenen Land auch.

Am 1. Januar 2015 führt Litauen den Euro als Währung ein. Wie viele EU-Mitgliedstaaten werden dann den Euro als gemeinsame Währung haben?

- alle EU-Staaten
- die sechs Gründerstaaten
- 13 Staaten
- 19 Staaten

Die EU gibt 2014 rund 135 Milliarden Euro aus. Was meinen Sie, wie viel Prozent der Wirtschaftsleistung der EU-Staaten, des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das ausmacht?

- 80,9 Prozent
- 50,2 Prozent
- 15,3 Prozent
- 1,0 Prozent

Der Gerichtshof der Europäischen Union wacht über die Einhaltung des europäischen Rechts. Wo hat der Gerichtshof seinen Sitz?

- in Lissabon
- in Brüssel
- in Straßburg
- in Luxemburg

Aufgabe

Und wie ist das bei Ihnen persönlich?

Ich interessiere mich für die Europäische Union:

- sehr stark,
- ziemlich stark,
- mittel,
- wenig,
- sehr wenig,
- gar nicht,

weil _____



Aufgabe

Was hat die EU mit unserem Leben zu tun?

Zehn Beispiele

Unser Leben	Der Zusammenhang mit der EU	Das halte ich für ...		
		sehr wichtig	wichtig	unwichtig
Der europäische Binnenhandel wird immer weiter ausgebaut. Neben den großen Konzernen profitieren zunehmend auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen davon. Das alles trägt dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern.	Durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes mit 500 Millionen Menschen ist der Handel zwischen den EU-Ländern von 800 Milliarden Euro im Jahr 1992 auf 2,8 Billionen (= 2 800 Milliarden) Euro im Jahr 2011 angestiegen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Telefonieren ist in den letzten Jahren deutlich billiger geworden.	Die EU hat den Telekommunikationsmarkt liberalisiert, d. h., die nationalen Monopole wurden aufgebrochen und Konkurrenz zugelassen. Wo die Konkurrenz nicht ausreichend funktioniert, greift die EU direkt ein. So sind Auslandstelefonate mit dem Handy auf Betreiben des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission billiger geworden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fliegen ist in den letzten Jahren sehr viel preisgünstiger geworden, sodass sich jetzt auch Jugendliche und Familien mit Kindern Flüge eher leisten können.	Die EU hat auch hier die nationalen Monopole abgeschafft und Konkurrenz zugelassen. Jetzt kann man auch von Ungarn aus mit einer britischen Airline nach Frankreich fliegen. Außerdem wurden die Rechte der Passagiere gestärkt. Wer wegen Überbuchung am Flughafen stehen bleibt oder wegen großer Verspätung seinen Termin verpasst, wird entschädigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sogenannte „ Haustürgeschäfte “, bei denen man zum Kauf einer Enzyklopädie oder eines Staubsaugers überredet wird, können widerrufen werden, damit dem Überrumpelten kein Schaden entsteht. Das gilt auch, wenn man auf der Straße ein Zeitschriftenabonnement oder einen anderen Vertrag unterschreibt.	Die EU hat diesen Geschäften durch eine Richtlinie europaweit einen Riegel vorgeschoben. Jetzt kann jeder nach einem solchen Geschäft noch einmal überlegen – auch wenn er bereits unterschrieben hat.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Unser Leben	Der Zusammenhang mit der EU	Das halte ich für ...		
		sehr wichtig	wichtig	unwichtig
Die Gewährleistungsfrist für Konsumgüter wie z. B. elektronische Geräte beträgt jetzt zwei Jahre. Also: Wenn das Handy nach einem Jahr kaputtgeht, wird es kostenlos repariert oder ausgetauscht.	Durch EU-Regelungen wurden einheitliche Fristen geschaffen. Die Garantie gilt europaweit. Es ist also egal, in welchem EU-Land der Kunde den Gegenstand gekauft hat.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Atmen müssen wir alle. Daher ist die Reinheit der Luft von besonderer Bedeutung. In den letzten Jahren ist unsere Atemluft besser geworden.	Die EU hat europaweit verbindliche Standards für die Qualität der Atemluft eingeführt, die die Mitgliedstaaten durch konkrete Maßnahmen umsetzen müssen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wasser ist zum Waschen da. Aber nicht nur: Vor allem trinken wir es auch. Da ist die Qualität entscheidend. Wer in der EU lebt, kann den Wasserhahn bedenkenlos aufdrehen und sein Glas darunter halten.	Seit 15 Jahren gibt es EU-Standards für Trinkwasser, an die sich alle Mitgliedstaaten halten müssen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Reisen in Europa ist heute sehr einfach. Zwischen den meisten europäischen Staaten gibt es keine Grenzkontrollen mehr.	Die EU hat durch das Schengener Übereinkommen die Grenzkontrollen zwischen den Staaten überflüssig gemacht. Das Reisen vom Nordkap bis nach Sizilien ohne eine einzige Grenzkontrolle, das ist die EU in der Praxis. Nur das Vereinigte Königreich und Irland bilden eine Ausnahme. Auch Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Zypern gehören dem Verbund noch nicht an.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EU-Bürger können in vielen Staaten Europas genauso arbeiten wie zu Hause. Jede(r) darf dort arbeiten, wo es ihm oder ihr am besten gefällt oder wo er/sie Arbeit findet.	Die EU hat innerhalb ihres Binnenmarktes die Freizügigkeit geschaffen. Arbeiten in Brüssel oder Rom, in London oder Warschau ist für einen Wiener genauso möglich wie eine Tätigkeit in Linz oder Innsbruck.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leider kann man auch im Urlaub krank werden oder einen Unfall haben. Da ist es gut zu wissen, dass man in jedem der 28 EU-Länder unkompliziert und zum selben Preis wie die Einheimischen (in manchen Ländern sogar kostenlos) ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen kann.	Die EU-Staaten stellen sich gegenseitig ihr Krankenversicherungssystem zur Verfügung. Man braucht nur die Europäische Versicherungskarte oder ein entsprechendes Formular vorzuweisen – und kann sich auf die Genesung konzentrieren, statt sich mit einer Bürokratie herumschlagen zu müssen, deren Sprache man vielleicht nicht einmal spricht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Aufgabe

Zu welchen Antworten sind Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler gekommen?

Werten Sie das Ergebnis aus und diskutieren Sie Ihre Einschätzungen!

Aufgabe

Die EU bei uns zu Hause

Denken Sie an Ihren Alltag und an den Ihrer Familie. Wo kommt die EU dabei vor? Finden Sie Beispiele! Denken Sie an Lebensmittel und Geld, an Schule, Studium und ans Verreisen, ans Einkaufen und ans Arbeiten.



Ausbildung und Studium im EU-Ausland

► Die Freizügigkeit wird übrigens nicht nur von Arbeitskräften in Anspruch genommen, sondern auch von Touristen, Rentnern, Studierenden und Auszubildenden.

Bei Studierenden wird die Mobilität durch das EU-Programm „Erasmus+“ gefördert. Es bietet Studierenden die finanzielle und organisatorische Unterstützung eines Auslandsaufenthaltes an einer europäischen Partnerhochschule. Durch ein europäisches Punktesystem ist sichergestellt, dass die Leistungen im Ausland auch auf das Studium zu Hause angerechnet werden, sodass durch ein Auslandssemester keine Zeit „verloren geht“.

Auch Auszubildende hilft das „Erasmus+“-Programm, das die Ausbildung über europäische Grenzen hinweg mit Geld und organisatorischer Unterstützung fördert. Viele junge EU-Bürger machen davon jedes Jahr Gebrauch und absolvieren einen Teil ihrer Lehre in einem anderen Land. Das Programm arbeitet mit Unternehmen und Institutionen zusammen, die Projekte anbieten, für die sich junge Leute (Auszubildende,

junge Arbeitnehmer, aber auch junge Arbeitslose) bewerben können.

Das „Erasmus+“-Programm fördert aber nicht nur das formale Lernen im Rahmen des Studiums oder der Ausbildung; auch das nichtformale Lernen wird unterstützt, damit junge Leute sich persönlich weiterentwickeln, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und aktive EU-Bürger werden können. So können sie im europäischen oder außereuropäischen Ausland als Freiwillige in vielen verschiedenen Bereichen arbeiten, zum Beispiel in der Sozial- und Jugendarbeit, im Umweltschutz, im Bereich Sport oder Kultur oder in der Entwicklungszusammenarbeit. Am Ende ihres Freiwilligendienstes erhalten sie ein Zertifikat – den sogenannten **Youthpass**. Darin wird die Teilnahme am jeweiligen Projekt bestätigt und das Projekt näher beschrieben.

Es kostet anfangs vielleicht etwas Überwindung, sich auf ein solches Projekt in einem anderen Land einzulassen. Aber die Erfahrungen, die man als junger Mensch dabei sammelt, sind äußerst wertvoll.

Alice: „Seit das Erasmus-Programm vor 27 Jahren ins Leben gerufen wurde, haben mehr als 3 Millionen Studierende und Auszubildende ein oder zwei Semester in einem anderen EU-Land verbracht. Dem Programm wurden nun mehr Gelder zugewiesen, sodass zwischen 2014 und 2020 etwa vier Millionen Europäer die Gelegenheit bekommen werden, im Rahmen von Erasmus+ im Ausland zu studieren, dort einen Teil ihrer Ausbildung zu absolvieren, zu arbeiten oder einen Freiwilligendienst abzuleisten.“

Aufgabe

Können Sie sich vorstellen, selbst einen Ausbildungsabschnitt oder ein Studienjahr oder gar das gesamte Studium im Ausland zu verbringen?

Fertigen Sie eine Liste mit Argumenten dafür und dagegen an!
Welche Seite überwiegt?

Argumente für einen Ausbildungsabschnitt im Ausland:	Argumente gegen einen Ausbildungsabschnitt im Ausland:
1. _____	1. _____
2. _____	2. _____
3. _____	3. _____
4. _____	4. _____

Vergleichen und besprechen Sie Ihre Ergebnisse!



Aufgabe

Europäische Symbole

Kennen Sie die abgebildeten Symbole und Dinge? Wo kann man sie finden? Überlegen Sie, was sie mit Europa und mit unserem Leben zu tun haben!

Europa im Alltag

► Wir haben mit der Frage begonnen, warum Europa für viele Menschen so weit weg zu sein scheint. Dafür mag es bei verschiedenen Menschen unterschiedliche Gründe geben.

Bei näherem Hinsehen stellen wir allerdings schnell fest, dass Europa, genauer gesagt die Europäische Union, uns sozusagen von allen Seiten umgibt. Sie bestimmt unser Leben in vielen Bereichen.

Das fängt schon an beim Geld: Der Euro ist eine Gemeinschaftswährung, die zwar noch nicht alle EU-Staaten übernommen haben, aber doch mehr als die Hälfte von ihnen. Beim Urlaub zum Beispiel in Österreich, Frankreich oder Spanien können wir mit dieser gemeinsamen Währung bezahlen. Aber auch in Ländern, in denen der Euro nicht die heimische Währung ist, wird er als starke Weltwährung gerne genommen. Mit dem Euro sind wir in der ganzen Welt willkommen.

Dass man heute ganz einfach durch Europa reisen kann, ist für viele eine Selbstverständlichkeit. Aber

vor noch gar nicht allzu langer Zeit war das anders. Da gab es Passkontrollen und Staus an der Grenze, und die Zollbeamten haben genau geprüft, was wir an Einkäufen aus dem Urlaub mitgebracht haben.

Das Fliegen ist viel billiger geworden. Auch das hat mit der EU zu tun, die die nationalen Monopole aufgehoben hat. Das heißt, es gibt nicht mehr nur eine nationale Fluggesellschaft pro Land, die ein Monopol auf bestimmte Routen hat und hohe Preise kassieren darf. Vielmehr darf heutzutage jede Fluggesellschaft innerhalb der EU fliegen, wohin sie will. So kann man heute beispielsweise von Dänemark nach Spanien einen Flug mit einer irischen Fluggesellschaft buchen.

Dass Fliegen in der EU sicher ist, liegt auch daran, dass die Europäische Union für alle Mitgliedstaaten gemeinsame Sicherheitsstandards festgelegt hat und keine Flugzeuge von Fluggesellschaften in unseren Luftraum hineinlässt, die diese Standards nicht erfüllen.

Viele dieser Regelungen sind dem Binnenmarkt geschuldet. Wenn man einen einheitlichen Markt haben will, in dem jeder einkaufen und produzieren kann, wie und wo er will, muss es gemeinsame Regeln geben.

Auch die Polizeibehörden der EU arbeiten eng zusammen, und eine eigene Institution, Europol, koordiniert die Daten. Das sind keine Supercops, die mit gezogener Pistole durch Europa rasen, sondern nationale Polizeibeamte, die Informationen über Kriminelle und Kriminalität zusammentragen und den Polizeibehörden in der ganzen EU zur Verfügung stellen. Dabei geht es immer um schwere Kriminalität. Um Falschparker kümmert sich Europol nicht. Dafür aber um Menschenhändler und Drogenschmuggler, um Geldfälscher und Sexualverbrecher, um Autoschieber und Internetbetrüger, die die offenen Grenzen gerne für ihre skrupellosen Machenschaften ausnutzen würden.

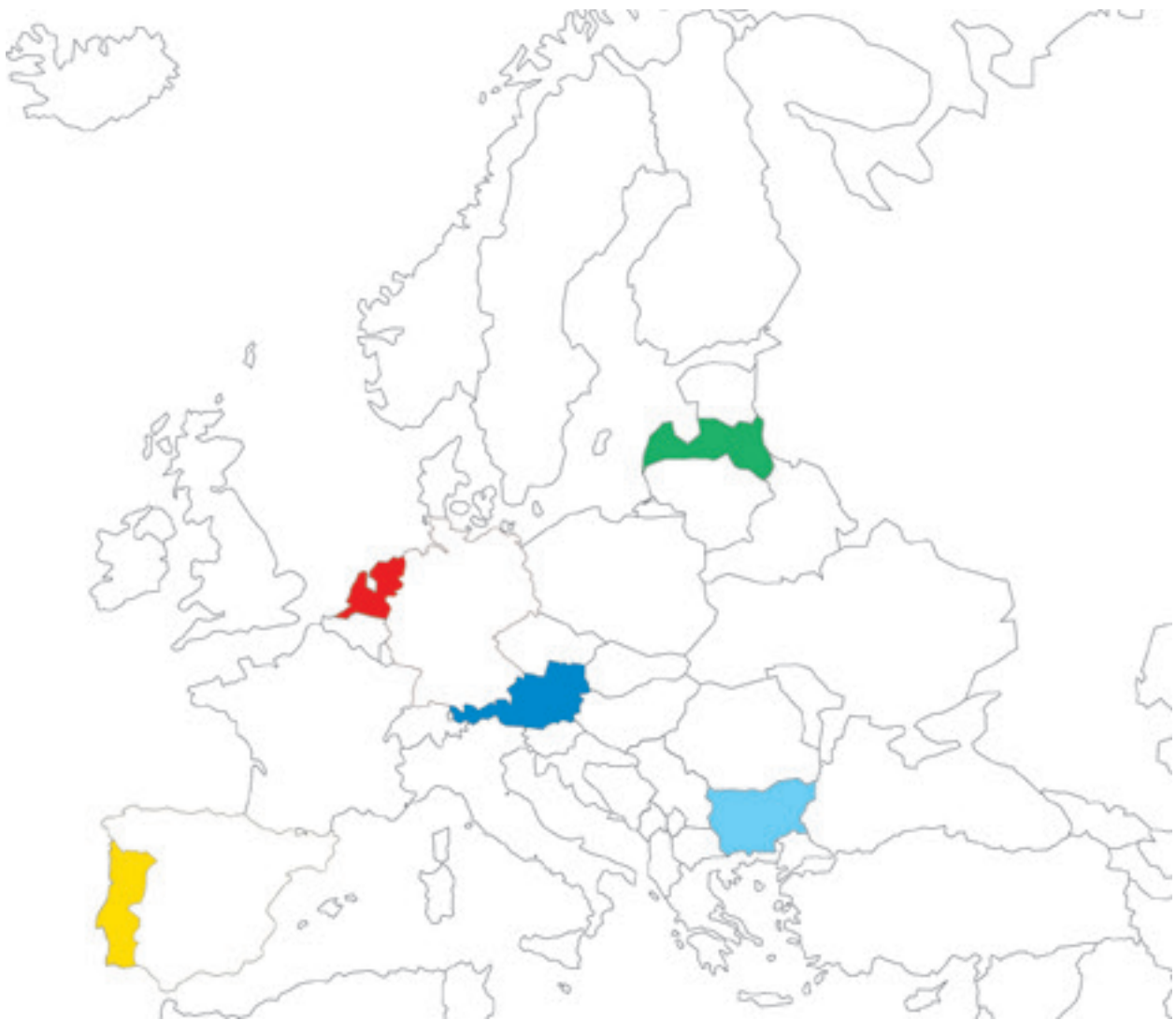
Umweltverschmutzung macht nicht an Grenzschildern halt. Deshalb können wir nur gemeinsam etwas gegen die Gefährdung unserer Umwelt

tun. Das betrifft uns unmittelbar, schließlich atmen wir alle, wir trinken und verbrauchen Wasser, und wir essen das Getreide, das auf den Feldern wächst. Europäischer Umweltschutz garantiert durch gemeinsame Standards, dass sich kein EU-Land gegenüber den anderen einen wirtschaftlichen Vorteil verschaffen kann, indem es Umweltauflagen nicht erfüllt und dadurch billigere Waren produzieren kann. Die Pflicht zur Fairness im europäischen Binnenmarkt sichert Arbeitsplätze, weil sie unlautere Konkurrenz verhindert.

Viele Menschen lehnen genetisch veränderte Lebensmittel ab. Aber wie soll man sehen, ob die Cornflakes aus genverändertem Mais hergestellt sind? Die EU hat allen Lebensmittelherstellern die Kennzeichnung zur Pflicht gemacht. Wo genetisch veränderte Zutaten drin sind, muss es auch draufstehen.

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Aber es wird jetzt schon klar: Europa – das sind wir alle. Und: Europa betrifft uns alle.

Die Europäische Union – wer ist das eigentlich?



Die Europäische Union, das sind 28 Staaten, die sich zusammengeschlossen haben, um ihr Schicksal gemeinsam in die Hand zu nehmen.

Wer sind die Staaten, die gemeinsam die Europäische Union bilden, und warum haben sie sich zusammengetan?

Aufgabe

Wer gehört dazu?

Hier folgt eine Liste von Staaten. Die liegen alle in Europa, aber sie gehören nicht alle zur Europäischen Union. Finden Sie heraus, wer EU-Mitglied ist, und tragen Sie diese in die nachfolgende Liste ein – und zwar nach dem Beitrittsdatum geordnet! Suchen Sie die einzelnen Länder auf der Landkarte links, und kennzeichnen Sie sie je nach Beitrittsjahr in unterschiedlichen Farben (rot für Gründungsmitglieder, braun für Länder, die 1973 beigetreten sind, usw.).

Albanien, Andorra, Belgien, Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Vatikanstaat, das Vereinigte Königreich, Zypern

Mitgliedstaaten der EU

Land	Beitritt	Einwohnerzahl	Hauptstadt
	Gründungsmitglied 1952/1958		
	Gründungsmitglied 1952/1958		
	Gründungsmitglied 1952/1958		
	Gründungsmitglied 1952/1958		
	Gründungsmitglied 1952/1958		
	Gründungsmitglied 1952/1958		
	1973		
	1973		
	1973		
	1981		
	1986		
	1986		
	1995		
	1995		
	1995		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2007		
	2007		
	2013		

Aufgabe

Was wissen Sie sonst noch über diese Länder – oder was können Sie herausfinden?

Bitte tragen Sie Ihre Informationen in Gruppen zusammen und stellen Sie diese systematisch dar! Was wissen Sie über Essen, Kultur, Sprachen in diesen Ländern? Fertigen Sie über die Länder, über die Sie mehr wissen oder herausgefunden haben, einen kleinen Steckbrief an!



Kleines Europaquiz

1. Welche ist die kleinste Hauptstadt in der EU, und wie viele Einwohner hat sie?
 2. In welcher Hauptstadt der EU ist es am kältesten, d. h. ist die Durchschnittstemperatur im Januar am niedrigsten?
 3. Welcher ist der höchste Berg in der Europäischen Union?
 4. An welche Meere grenzt die Europäische Union?
 5. In welchen EU-Staaten gibt es amtierende Monarchinnen oder Monarchen, also zum Beispiel eine Königin oder einen König?
 6. Wie viele Amtssprachen gibt es in Belgien?
 7. Welches ist das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union?
 8. Welches EU-Land hat die größte Fläche?
 9. Welche ist die östlichste Hauptstadt der Europäischen Union?
- Spezialfrage für Könner:
10. Warum hat die EU-Flagge zwölf Sterne und nicht für jeden Mitgliedstaat einen?

Warum hat die Europäische Union so viele Amtssprachen?

► Da die EU eine demokratische Organisation ist, muss sie ihre Bürger, aber auch die Regierungen der Mitgliedstaaten und ihre Verwaltungen, Unternehmen und sonstige Organisationen in ihrer eigenen Sprache ansprechen. Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, was in ihrem Namen getan wird. Sie müssen sich aktiv beteiligen können, ohne zuerst eine Fremdsprache

erlernen zu müssen. Außerdem erlässt die Europäische Union Vorschriften, die für alle Menschen in der EU unmittelbar gelten.

Für die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für die nationalen Gerichte müssen diese Vorschriften in ihrer jeweiligen Muttersprache zugänglich sein, d. h., sie müssen in allen

Amtssprachen vorliegen. Die Verwendung der Amtssprachen ist ein Beitrag zur Transparenz, Legitimität und Effizienz der EU und ihrer Organe.

Ein unterhaltsames Quiz zu europäischen Sprachen finden Sie auf dieser Website: http://ec.europa.eu/languages/quiz/quiz_de.htm.

Aufgabe

Sprechen Sie Europäisch?

Die Europäische Union hat nach dem Beitritt des Landes, dessen Hauptstadt Zagreb ist, 24 Amtssprachen. Setzen Sie diese aus folgenden Silben wieder zusammen!

a – bul – chisch – chisch – dä – der – deutsch – disch – disch – e – eng – est – fin – fran – ga – ga – gie – grie – i – i – isch – kisch – kro – län – let – li – li – lisch – mal – mä – nie – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – pol – por – risch – risch – risch – ru – schwe – sisch – sisch – sisch – slo – slo – spa – wa – we – ta – tau – te – tisch – tisch – tsche – tu – un – zö

Wirtschaftskraft

► Die Staaten der EU sind nicht nur unterschiedlich groß, sie sind auch unterschiedlich reich. Es gibt Länder, in denen es den Menschen im Durchschnitt sehr gut geht, und andere, in denen der Lebensstandard deutlich niedriger ist. Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie man das eigentlich messen kann. Schließlich gibt es in jedem Land wohlhabende Menschen und arme Menschen. Wen nimmt man da zum Maßstab, den Unternehmer oder seinen Fahrer, die Sekretärin oder die Chefärztin?

Die Wirtschaftsstatistik hat dieses Problem dadurch gelöst, dass sie zuerst die Wirtschaftskraft eines Landes misst. Das ist die Summe aller Werte, die in einem Land im Laufe eines Jahres geschaffen werden. Jedes Auto, das in einem Jahr in diesem Land

hergestellt wurde, jeder Haarschnitt, den ein Friseur vorgenommen hat, jeder Liter Milch, den eine Kuh gegeben hat und der weiterverkauft wurde, wird in seinem Geldwert ausgedrückt. Anschließend wird die Summe aus diesen Werten gebildet; das Ergebnis ist das sogenannte Bruttoinlandsprodukt (abgekürzt BIP). Das BIP sagt aber noch nicht viel darüber aus, wie reich ein Land ist, denn es gibt ja große und kleine Länder. Deshalb wird es im nächsten Schritt durch die Zahl der Menschen geteilt, die in diesem Land leben. So erhält man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf.

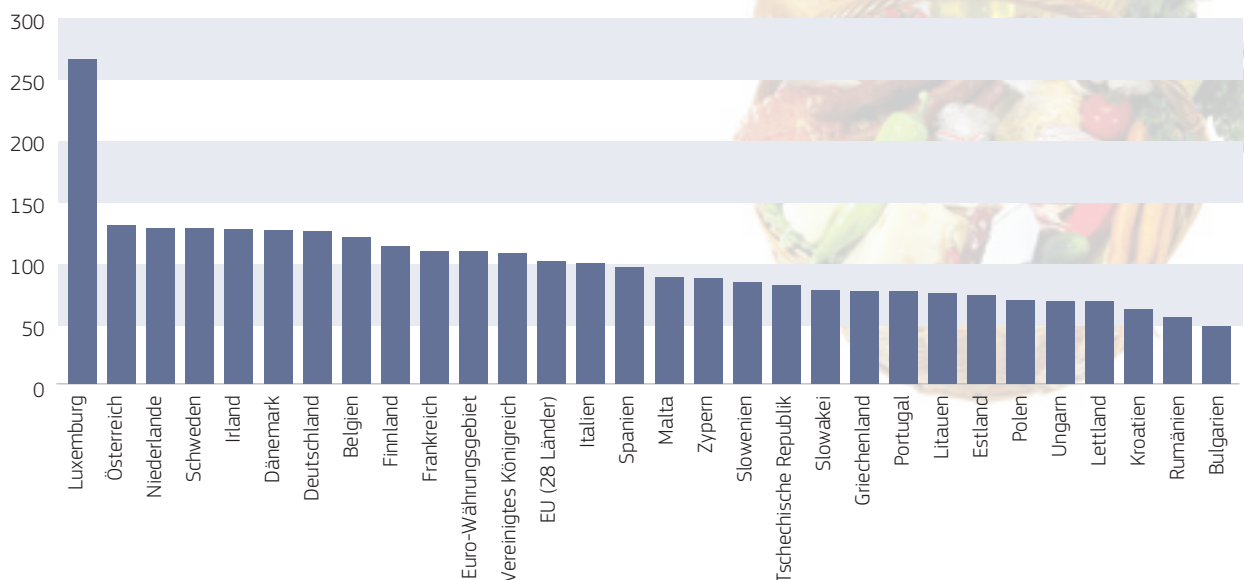
Aber es wird noch komplizierter: Wenn man Staaten miteinander vergleichen will, die wirtschaftlich unterschiedlich stark sind, muss man berücksichtigen, dass die Kaufkraft in den verschiedenen

Ländern auch unterschiedlich ist. Wer schon einmal in einem anderen Land Urlaub gemacht hat, kennt das. Da kommen einem auf einmal die Preise verglichen mit zu Hause sehr hoch – oder umgekehrt auch recht günstig – vor. Während ein Brot in einem Land einen Euro kostet, muss man in einem anderen dafür zwei oder drei Euro bezahlen. Deshalb schauen die Wissenschaftler nicht nur, wie viel Geld die Menschen in einem Land pro Kopf zur Verfügung haben, sondern auch, wie viel man dafür kaufen kann. Das ist ja schließlich entscheidend. Das nennt sich Kaufkraftparität. Nur die Kaufkraftparität macht Länder vergleichbar.

Wenn man also die Wirtschaftskraft der EU-Länder nach Kaufkraftparitäten (KKP) miteinander vergleicht, sieht das so aus:

So geht es den Europäern:

(Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung nach Kaufkraftstandards, 2013)



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Österreich, in den Niederlanden, in Schweden, Irland und Dänemark liegt also zwischen 25 und 30 Prozent höher als im EU-Durchschnitt. Das BIP pro Kopf in Frankreich und im Vereinigten Königreich liegt knapp über dem Durchschnitt, während es in Italien und

Spanien knapp darunter liegt. In Rumänien und Bulgarien ist das BIP pro Kopf etwa halb so hoch wie im EU-weiten Durchschnitt.

Die Unterschiede im „Lebensniveau“ innerhalb der EU werden voraussichtlich auf lange Zeit bestehen bleiben. Aber es ist der Anspruch der Europäischen Union,

die Abstände zu verringern. Deswegen erhalten ärmere Regionen innerhalb der EU Gelder, mit denen sie ihre Infrastruktur verbessern und dadurch ihre wirtschaftlichen Chancen vergrößern können. Man nennt dies Strukturpolitik. Dafür gibt die EU rund die Hälfte ihres gesamten Haushalts aus.

Die Europäische Union – in Vielfalt geeint

► Wie Sie gesehen haben, besteht die EU aus ganz unterschiedlichen Staaten. Der größte – Deutschland – hat etwa 82 Millionen Einwohner, der kleinste – Malta – gerade mal 400 000. Finnland und Italien sind Mitglied, genauso wie Portugal und Polen. Wenn man sich das auf der Landkarte anschaut, wird deutlich, wie vielfältig die EU ist. Es werden unterschiedliche Sprachen gesprochen, und es wird in drei verschiedenen Alphabeten geschrieben. Es gibt verschiedene Traditionen, Kulturen, Essgewohnheiten und Volksfeste. Auch die geschichtlichen Erfahrungen sind unterschiedlich. Viele EU-Staaten haben früher Kriege gegeneinander geführt, sich gegenseitig Gebiete weggenommen, und es bleibt noch so manches Vorurteil. Wie kommt es, dass die 28 Staaten dennoch zusammengefunden haben?

Diese Frage lässt sich nur aus der Geschichte heraus beantworten. Nach dem furchtbaren Zweiten Weltkrieg, der gerade einmal gut zwanzig Jahre nach dem Ersten Weltkrieg ausgebrochen ist, haben sich viele Menschen gesagt, dass so etwas nicht noch einmal geschehen dürfe.

Bei den früheren Kriegsgegnern Deutschland und Frankreich wurde die Idee geboren, nicht mehr gegeneinander zu stehen, sondern sich zu verbinden, und zwar so, dass man den anderen gleichzeitig im Auge behalten konnte. Führende Politiker, die dieses Konzept vertreten und auch verwirklicht haben, waren der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967).

Die erste Einrichtung, aus der die heutige EU entstanden ist, war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die 1952 in Kraft trat und die Kohlevorräte gemeinsam verwalten sollte. Kohle spielte damals die

Rolle, die heute Erdöl und Erdgas einnehmen – sie war der wichtigste Energieträger. Viele hatten Angst, dass es in Europa zu einer erneuten Auseinandersetzung um diesen Rohstoff kommen könnte. So wurden die Verteilung der Kohle und der Wiederaufbau der Schwerindustrie einer gemeinsamen Behörde unterstellt, in der die Mitglieder der EGKS vertreten waren. Das waren damals außer Deutschland und Frankreich die Länder Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Das Prinzip der EGKS war ganz einfach: Jeder Staat darf bei jedem anderen Staat mitreden und akzeptiert im Gegenzug, dass die anderen Staaten auch in sein eigenes Handeln eingreifen. So konnte keiner gegen den anderen arbeiten oder gar heimlich aufrüsten, aber man konnte gemeinsam Europa wieder aufbauen. Gleichzeitig konnte den Partnern so die Angst voreinander genommen und dadurch der Friede in Europa gesichert werden. Erster Präsident der Hohen Kommission der EGKS wurde der Franzose Jean Monnet (1888-1979), der auch zu den wichtigen Initiatoren der europäischen Integration zählt.

Dieses Prinzip wurde einige Jahre später auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt, und zwar durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Diese wurde 1957 mit den Römischen Verträgen begründet und trat 1958 in Kraft.

So wurde aus Gegnerschaft Zusammenarbeit – eine ausgesprochen erfolgreiche Zusammenarbeit. Die Europäische Gemeinschaft schaffte einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg. Kein Wunder, dass im Laufe der Jahre immer weitere Länder dazugestoßen sind. So kamen 1973 das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark in den Kreis der heutigen EU, 1981 stieß Griechenland dazu, 1986 gefolgt von Spanien und Portugal. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war der Weg frei für die neutralen Staaten Österreich,

Schweden und Finnland, die 1995 Mitglied wurden, und auch für die Staaten, die vorher zum Lager der ehemaligen Sowjetunion gehörten. 2004 kam es zur Osterweiterung um Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien. Außerdem kamen Malta und Zypern dazu. 2007 wurde diese Erweiterungsrunde durch den Beitritt Bulgariens und Rumäniens weitergeführt. Am 1. Juli 2013 wurde Kroatien als 28. EU-Mitglied aufgenommen.

Auch wenn es manchmal zu Streitigkeiten und heftigen Meinungsverschiedenheiten kommt, so sind doch die Grundprinzipien der EU seit jeher unverändert geblieben: Sicherung des Friedens unter den Mitgliedstaaten, Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und zunehmend gemeinsames Auftreten nach außen. Dass die EU seit mehr als 60 Jahren für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Europa eintritt, würdigte das Nobelpreiskomitee im Jahr 2012 mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union. Die EU ist damit der erste Staatenverbund weltweit, dem diese Ehre zuteil wurde.

Aufgabe

Geschichte der EU in Bildern

Ordnen Sie den Bildern zur Geschichte der Europäischen Union die entsprechenden Bildunterschriften zu!



1. Nach dem Zweiten Weltkrieg lagen zahlreiche Städte in ganz Europa in Trümmern, hier das deutsche Frankfurt am Main.
2. Symbolischer Akt: Jean Monnet (r.), Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), präsentiert den ersten „europäischen“ Stahlblock und eröffnet damit den gemeinsamen Markt für Stahl im April 1953.
3. 25. März 1957: Vertreter der sechs Gründerstaaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnen in Rom die sogenannten Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).
4. Am 7. Februar 1992 unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs den Vertrag von Maastricht, der die Wirtschafts- und Währungsunion begründete.
5. Der Amsterdamer Vertrag von 1997 besiegelt die schrittweise Errichtung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, hier das Vertragswerk mit Unterschriften und Amtssiegeln.
6. Mit einem großen Transparent am Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel heißt die EU Anfang 2007 ihre neuen Mitglieder Bulgarien und Rumänien willkommen.
7. Am 10. Dezember 2012 wurde im norwegischen Oslo der Friedensnobelpreis an die Europäische Union überreicht. Das Nobelpreis Komitee würdigte das jahrzehntelange Eintreten der EU für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Europa.

Wie funktioniert die Europäische Union?



Jean-Claude Juncker, ehemaliger Premierminister Luxemburgs, wurde im Juli 2014 vom Europäischen Parlament zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt.

Oft wird die EU mit einem Staat verglichen. Man sagt: In der EU ist das so und so, aber bei uns ist das anders, nämlich so und so. Solche Vergleiche sind naheliegend, aber sie sind mit Vorsicht anzuwenden. Die EU ist nämlich kein Staat, sondern ein besonderer Zusammenschluss von Staaten. Von daher unterscheidet sie sich in ihrem Aufbau auch von Ihrem eigenen Land. Ziel dieses Kapitels ist es, den Aufbau der EU zu erläutern. Welche Institutionen gibt es, und was machen diese? Welche Zuständigkeiten (Kompetenzen) haben sie?

V. l. n. r.: die Europäische Kommission in Brüssel, das Europäische Parlament in Straßburg, der Europäische Gerichtshof in Luxemburg und der Rat der Europäischen Union in Brüssel.



Wer hat die Macht in Europa? Die Institutionen der Europäischen Union

- Wer hat eigentlich die Macht in Europa? Dass es nicht eine Person gibt, die als „Boss“ die Richtung bestimmt, ist offensichtlich. Aber irgendjemand muss ja bestimmen, wo es langgeht. Wer entscheidet über europäische Angelegenheiten? Ist es ein Gremium oder ein Land – wer gibt den Ton an?

Auf den ersten Blick wirkt es immer langweilig, wenn man sich mit Institutionen beschäftigt – aber Institutionen sind nun mal die Orte, an denen Macht ausgeübt wird. Der institutionelle Aufbau der Europäischen Union gibt daher auch Aufschluss über die Machtfrage. Die ist allerdings in der EU ein bisschen anders beantwortet als in einem einzelnen Mitgliedstaat.

Die Europäische Union ist ein Zusammenschluss von Staaten und deren Bürgern. Das drückt sich auch in ihrem Aufbau aus. Sowohl die Staaten (d. h. ihre Regierungen) selbst als auch die Bevölkerungen dieser Länder sprechen in den europäischen Angelegenheiten mit. Das geschieht über den Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament.

Der **Rat der Europäischen Union** (oft „Ministerrat“ genannt) ist die Vertretung der Regierungen der EU-Staaten. Hier sitzen die Minister aus allen Mitgliedstaaten zusammen. Je nach Thema sind das zum Beispiel die Außen-, Innen- oder Landwirtschaftsminister. Der Rat ist eines der beiden Entscheidungsorgane. Hier wird die Politik beraten,

und hier werden auch die europäischen Gesetze auf den Weg gebracht, die Verordnungen oder Richtlinien heißen. Ohne den Rat läuft also nichts in der Europäischen Union. Der Rat trifft seine Entscheidungen entweder einstimmig oder er beschließt mit Mehrheit. Bei Mehrheitsentscheidungen müssen 55 Prozent der Mitgliedstaaten für die jeweilige Sache stimmen; gleichzeitig müssen diese Staaten auch mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren (man nennt dies eine „doppelte Mehrheit“). Der Vorsitz im Rat wechselt halbjährlich, alle Mitglieder kommen gleichberechtigt an die Reihe. 2015 übernehmen Lettland und Luxemburg den Vorsitz, 2016 die ►



Janette: „Das Europäische Parlament vertritt die Bürgerinnen und Bürger und beschließt die ‚europäischen Gesetze‘ (Richtlinien und Verordnungen).“



Alice: „Der Europäische Rechnungshof kontrolliert den EU-Haushalt.“



Patricia: „Der Ministerrat vertritt die Regierungen der EU-Mitgliedsländer und beschließt die ‚europäischen Gesetze‘.“

► **Niederlande und die Slowakei und 2017 Malta und das Vereinigte Königreich.**

Die grundsätzlichen Festlegungen der europäischen Politik trifft der **Europäische Rat**. Das sind die Staats- und Regierungschefs der EU, die regelmäßig, jedoch mindestens alle drei Monate zusammentreffen. Den Vorsitz führt der vom Europäischen Rat für jeweils 2 ½ Jahre gewählte Präsident. Derzeit bekleidet der frühere polnische Ministerpräsident Donald Tusk dieses Amt.

In den allermeisten Fällen kann der Rat allerdings nicht allein entscheiden. Er benötigt dazu das **Europäische Parlament**. Dieses vertritt die Bürger der EU-Staaten und wird von diesen alle fünf Jahre direkt gewählt. Das Parlament umfasst derzeit 751 Vertreter aus allen Mitgliedstaaten. Die letzten Wahlen fanden 2014 statt.

Die großen Mitgliedstaaten stellen mehr Abgeordnete als die kleinen.

Das Parlament kann Entscheidungen mit Gesetzeskraft für die EU nicht allein treffen, aber im Allgemeinen muss es einem Beschluss des Rates der Europäischen Union zustimmen, damit dieser wirksam werden kann. Man nennt dies „Mitentscheidungsverfahren“. Das Parlament muss auch die Europäische Kommission durch Wahl bestätigen und kann sie abwählen. Außerdem beschließt es den Haushaltsplan der Europäischen Union. Ohne das Europäische Parlament – und damit die direkte Vertretung der Bürger – kann also in Europa wenig entschieden werden.

Eine weitere wichtige Institution in der EU ist die **Europäische Kommission**. Das Kollegium der Kommission besteht aus einem Mitglied pro Land, das aber in der Kommission nicht die Positionen seines Herkunftsstaates vertritt, sondern die gemeinsamen Interessen der Europäischen Union. Jedes Kommissionsmitglied hat ein Mandat von fünf

Jahren und ist für ein eigenes Sachgebiet zuständig (ähnlich wie ein Minister). Der Präsident der Kommission – derzeit Jean-Claude Juncker – wird vom Europäischen Rat vorgeschlagen und vom Europäischen Parlament gewählt. Die Europäische Kommission achtet auf die Einhaltung der gemeinsamen Regeln durch die Mitgliedstaaten. Man nennt sie daher die „Hüterin der europäischen Verträge“. Sie verwaltet die EU nach den Vorgaben des Rates und des Parlaments. Eine Besonderheit des europäischen Systems ist, dass der Rat und das Parlament Dinge nur auf der Basis eines Vorschlags der Kommission beschließen können. Dieses alleinige Vorschlagsrecht gibt der Europäischen Kommission Einfluss auf die Entscheidungen, weil sie selbst die Vorgaben macht. Damit wird sichergestellt, dass von Anfang an die gemeinsamen Interessen der Europäischen Union berücksichtigt werden. Natürlich können Rat ►



Jello: „Die Europäische Zentralbank wacht darüber, dass der Euro stabil bleibt.“



Motian: „Die Europäische Kommission verwaltet die Europäische Union und macht Vorschläge für ‚europäische Gesetze‘.“

► und Parlament dann von dem Vorschlag abweichen.

Es gibt mittlerweile viel gemeinsames Recht, das die EU-Staaten sich geschaffen haben. Verständlicherweise gibt es auch manchmal Streit um die Auslegung dieser Gesetze. Außerdem halten sich immer wieder einzelne Staaten nicht an bestimmte Regelungen. Daher gibt es für alle Beteiligten die Möglichkeit, den **Gerichtshof der Europäischen Union** anzurufen. Dieser besteht aus einem Richter pro Mitgliedstaat, urteilt aber unabhängig auf

der Basis des europäischen Rechts. Er kann Regelungen aufheben, wenn sie europäischem Recht widersprechen, und Staaten zu Geldstrafen verurteilen, wenn sie sich nicht an Recht und Gesetz halten.

Dass Geld wichtig ist, weiß jeder. Aber man muss es nicht nur haben, sondern es muss auch seinen Wert behalten. Darüber wacht die **Europäische Zentralbank (EZB)**. Sie ist die Notenbank der Euro-Länder und setzt sich aus Vertretern der Länder zusammen, die den Euro eingeführt haben. Die EZB regelt

den Geldumlauf und legt die Leitzinsen fest.

Der Haushalt der Europäischen Union beträgt 2014 rund 135 Milliarden Euro. Wo viel Geld ausgegeben wird, muss auch kontrolliert werden, dass dies rechtmäßig geschieht. Dies ist die Aufgabe des **Europäischen Rechnungshofs**, der genau hinschaut, ob das europäische Geld ordnungsgemäß und sinnvoll ausgegeben wird. Er sorgt so für ein effizientes Finanzmanagement. Jeder Mitgliedstaat stellt einen Vertreter.

Aufgabe

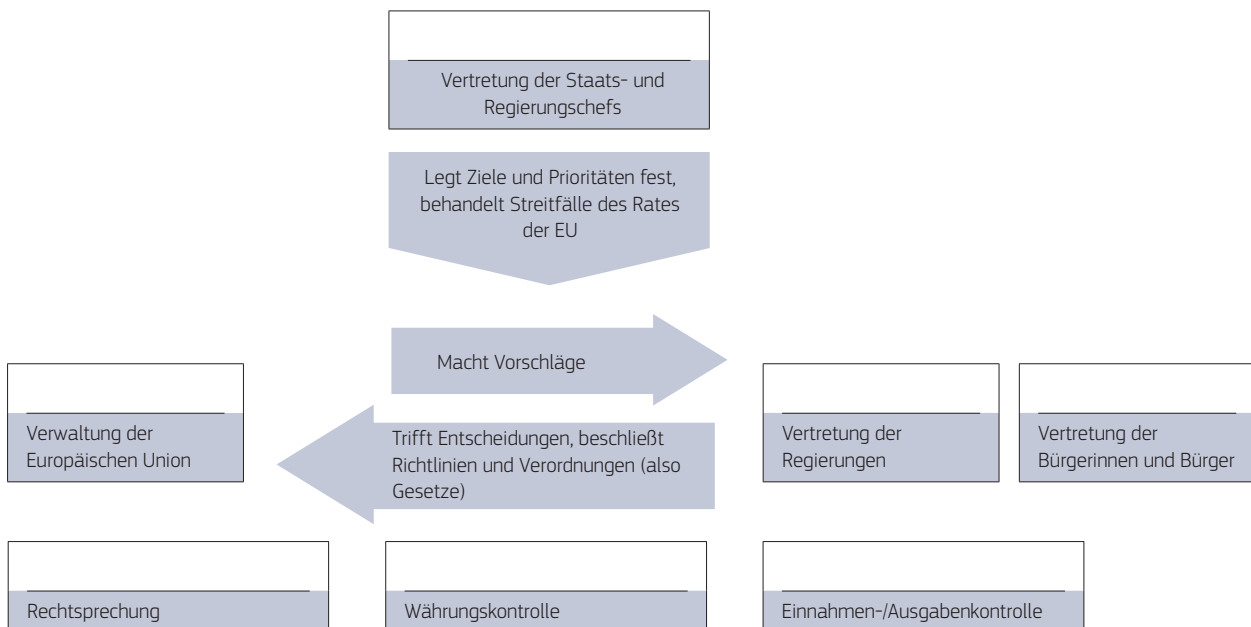
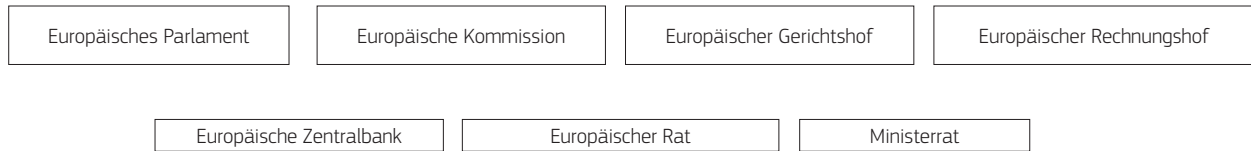
Wer macht was in der EU?

Das war jetzt viel Institutionenkunde, aber man muss ja schließlich wissen, wer in der EU wofür verantwortlich ist. Testen Sie nun, ob Sie den Text aufmerksam gelesen haben. Setzen Sie jeweils ein Kreuz in das Kästchen der Institution(en), auf die die jeweilige Beschreibung zutrifft!

Beschreibung	Europäischer Rat	Rat der EU	Europäisches Parlament	Europäische Kommission	Europäischer Gerichtshof	Europäische Zentralbank	Europäischer Rechnungshof
Macht Vorschläge für EU-Regelungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besteht aus einem Vertreter pro Mitgliedstaat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Legt die Leitzinsen fest	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kontrolliert die Ausgaben der EU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wird von der Bevölkerung gewählt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschließt die Gesetze (Verordnungen/Richtlinien) der EU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nominiert den Kommissionspräsidenten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verwaltet die EU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vertritt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vertritt die Interessen der Mitgliedstaaten bzw. ihrer Regierungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entscheidet über die Auslegung der europäischen Gesetze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Legt die politischen Leitlinien fest	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Institutionen der Europäischen Union

Bitte fassen Sie die Zuständigkeiten der verschiedenen Institutionen noch einmal in einer Grafik zusammen! Wir haben Ihnen schon ein bisschen geholfen. Sie müssen nur noch die Begriffe den richtigen Kästchen zuordnen.



Die Europäischen Verträge

► Die Europäische Union ruht rechtlich auf Verträgen, die die Mitgliedstaaten miteinander geschlossen haben und die durch die nationalen Parlamente oder durch Volksabstimmungen ratifiziert wurden. In den Verträgen ist geregelt, wie Entscheidungen getroffen werden, welche Institution welche Befugnisse hat und auf welchen Feldern die EU-Staaten gemeinsam handeln. Die Weiterentwicklung der EU erfolgt

wiederum auf vertraglicher Grundlage. An den verschiedenen Verträgen kann man ablesen, wie die Europäische Union sich verändert hat. Die derzeitige Grundlage ist der Vertrag von Lissabon, der in der gleichnamigen portugiesischen Hauptstadt 2007 unterzeichnet wurde. Der Vertrag von Lissabon trat 2009 in Kraft, nachdem ihm alle Mitgliedstaaten zugestimmt hatten.



Diskussion

Und jetzt noch mal zurück zur Ausgangsfrage:

Wer hat die Macht in Europa?
Diskutieren Sie das doch einmal untereinander!

Der Einfluss der Bürger

► Die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten nehmen also auf zweierlei Art und Weise Einfluss auf die EU-Politik. Zum einen, indem sie ihr nationales Parlament wählen, aus dem dann die Regierung hervorgeht. Diese ist dann im Rat der Europäischen Union vertreten. (Wenn die „Chefs“, also die Staats- und Regierungschefs sich treffen, heißt das „Europäischer Rat“.)

Zum anderen nehmen die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Politik in Europa, indem sie das Europäische Parlament wählen.

Aber auch der einzelne Bürger kann sich Gehör verschaffen, wenn er sich ungerecht behandelt fühlt oder einen europäischen Missstand beheben will. Es gibt nämlich einen Europäischen Bürgerbeauftragten, den man auch

Ombudsman nennt. Bei dem kann sich jede(r) EU-Bürger(in) beschweren; das geht sogar per E-Mail. Über wen kann man sich beim Ombudsman beschweren, wo kann der Ombudsman helfen, wo nicht? Das alles finden Sie auf der Internetseite des Ombudsmanns:

<http://ombudsman.europa.eu/home/de/general.htm>

Weitere Möglichkeiten der Einflussnahme

► Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 ist eine Europäische Bürgerinitiative möglich. Eine Million Menschen, das sind nur 0,2 Prozent der Bevölkerung, aus mindestens einem Viertel der EU-Staaten (das sind sieben Länder) können die Europäische Kommission auffordern, sich mit einem Thema zu beschäftigen und einen Rechtsakt vorzuschlagen. Voraussetzung ist natürlich, dass das Thema in die Zuständigkeit der EU fällt.

Daneben kann aber auch durch Demonstrationen, die sich an EU-Institutionen wenden, Druck gemacht werden. Ob Landwirte, Gewerkschaften oder Umweltorganisationen: Sie alle können sich so Gehör verschaffen. Darüber hinaus verfügt das Europäische Parlament auch über einen Petitionsausschuss.



Aufgabe

Finden Sie mehr über die Europäische Bürgerinitiative heraus!

Die Europäische Bürgerinitiative gibt Ihnen die Möglichkeit, unmittelbar zu beeinflussen, womit die Europäische Union sich beschäftigt. Welche Initiative würden Sie gerne starten, und wie würden Sie das anpacken? Auf der folgenden Internetseite können Sie sich über das Verfahren, aber auch über laufende Initiativen informieren: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de>.

Aufgabe

Was ist eine Petition?

Finden Sie heraus, was eine Petition ist und wer sich an das Parlament wenden kann! Hier erhalten Sie weitere Informationen: <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00533cec74/Petitions.html>.

Gibt es auch in Ihrem Parlament einen Petitionsausschuss? Bitte recherchieren Sie das!

Aufgabe

Unsere Abgeordneten in Straßburg und Brüssel

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) schließen sich zu Fraktionen zusammen, denen die jeweiligen Parlamentarier einer politischen Richtung angehören. Nicht in allen Fraktionen gibt es Abgeordnete aus allen Ländern. Recherchieren Sie, welche Parteien aus Ihrem Land bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament erfolgreich waren und mit Abgeordneten im Parlament vertreten sind. Finden Sie anschließend heraus, in welchen EP-Fraktionen sie vertreten sind!

Welche Partei ist in welcher Fraktion des Europäischen Parlaments vertreten? Das finden Sie beispielsweise schnell im Internet heraus: <http://www.europarl.eu>.

Fraktionen im Europäischen Parlament	Wie viele Mitglieder hat diese Fraktion?	Diese Fraktion schließt Abgeordnete der folgenden Partei aus meinem Land ein:
 EVP - Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)		
 S&D - Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament		
 ECR - Fraktion Europäische Konservative und Reformisten		
 ALDE - Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa		
 GUE/NGL - Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke		
 GRÜNE/EFA - Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz		
 EFD - Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“		
NI Fraktionslos		

Aufgabe

Erkundigen Sie sich, wer aus Ihrem Bundesland oder Ihrer Region Mitglied im Europäischen Parlament ist!

Welche Partei vertreten diese Abgeordneten im Europäischen Parlament?

Kleines Europaquiz

Wer ist derzeit Präsident/in des Europäischen Parlaments?

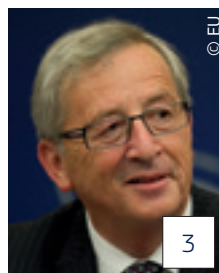
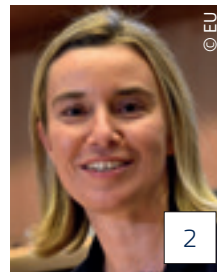
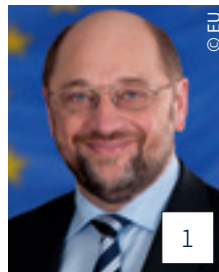
Und wer ist sonst noch auf den Fotos zu sehen?

Donald Tusk (Polen)

Jean-Claude Juncker (Luxemburg)

Martin Schulz (Deutschland)

Federica Mogherini (Italien)



Präsident/in des Europäischen Parlaments

Präsident/in des Europäischen Rates

Hohe/r Vertreter/in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie Vizepräsident/in der Europäischen Kommission

Präsident/in der Europäischen Kommission

So funktioniert die EU

► Es ist deutlich geworden, dass die Europäische Union kein Staat ist wie zum Beispiel Litauen oder die Niederlande, aber dennoch mehr ist als ein lockerer Zusammenschluss europäischer Staaten. Um ihre Besonderheit auszudrücken, bezeichnen die Juristen die Organisation der EU oftmals als Organisation *sui generis*. Das ist lateinisch und bedeutet „eigener Art“. Die Mitgliedstaaten der EU bleiben zwar souverän und unabhängig, aber in bestimmten Bereichen bündeln sie ihre Zuständigkeiten, um dadurch Herausforderungen besser begegnen zu können. Hierfür hat die EU eigene Institutionen geschaffen, denen diese

Befugnisse übertragen werden. Das bedeutet in der Praxis, dass Entscheidungen zu bestimmten Fragen von gemeinsamem Interesse auf europäischer Ebene demokratisch getroffen werden können. Deshalb ist die EU kein Bundesstaat, wie beispielsweise die USA es sind, aber dennoch mehr als ein lockerer Zusammenschluss, wie ihn beispielsweise die Vereinten Nationen darstellen.

In der EU werden Entscheidungen von den nationalen Regierungen, die im Rat der Europäischen Union zusammenkommen, und dem vom Volk gewählten Europäischen Parlament gemeinsam getroffen. Es gibt auch Ausnahmen, in

denen der Rat allein entscheidet. Das ist vor allem bei der Außenpolitik so. Die Europäische Kommission führt die Geschäfte der EU, und sie achtet darauf, dass alle sich an die europäischen Verträge halten. Tun sie das nicht, werden sie vor den Europäischen Gerichtshof geladen und von diesem gegebenenfalls dazu aufgefordert, ihr Verhalten zu ändern. Über das ordnungsgemäße Finanzverhalten der europäischen Institutionen wacht der Europäische Rechnungshof. Jeder einzelne von uns kann sich beim Europäischen Bürgerbeauftragten beschweren, wenn er sich von einer europäischen Institution ungerecht behandelt fühlt.

Die EU – was macht die eigentlich?



Manche Leute sagen, die Europäische Union tue nicht genug, andere wiederum meinen, sie würde sich überall einmischen. Ist nicht beides falsch? Was aber ist dann richtig? Was tut die EU denn genau? Die EU ist in vielen Politikbereichen aktiv: zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik, dem Verbraucherschutz, der Außenpolitik, dem Umweltschutz oder der Innen- und Justizpolitik – und in vielem anderen mehr. Im Folgenden sollen einige Politikfelder aus diesen Bereichen beispielhaft dargestellt werden. So bekommen Sie eine Idee davon, womit man sich in Brüssel und in den Hauptstädten der EU-Staaten beschäftigt.

Der Binnenmarkt

- ▶ Das Herzstück der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist der Binnenmarkt. Er ist ein gemeinsamer Wirtschaftsraum und gewährt die sogenannten vier Grundfreiheiten, nämlich:
 - den freien Personenverkehr,
 - den freien Warenverkehr,
 - den freien Dienstleistungsverkehr und
 - den freien Kapitalverkehr.

Freiheiten im europäischen Binnenmarkt

- ▶ Der freie Personenverkehr betrifft uns in vielfältiger Weise. Ob wir in ein anderes EU-Land in den Urlaub fahren, dort arbeiten oder uns dort unabhängig von einem Arbeitsplatz niederlassen wollen: Das Recht dazu haben wir. Und wenn wir aus dem Ausland zurückkommen, können wir unsere Einkäufe getrost mitnehmen – genauso wie wir im Internet in einem anderen Land einkaufen können. Das wiederum garantiert der freie Warenverkehr. Aber nicht nur Waren, sondern auch Dienstleistungen können grenzüberschreitend angeboten und in Anspruch genommen werden, wofür der freie Dienstleistungsverkehr steht. Wer sein Geld lieber im EU-Ausland als im eigenen Staat anlegt, hat auch diese Freiheit, garantiert durch den freien Kapitalverkehr.



Wegfall der Grenzkontrollen

- ▶ Wenn Sie vom Nordkap in Norwegen bis nach Sizilien fahren, können Sie den Reisepass getrost zu Hause lassen. Grenzkontrollen gibt es in der EU an den sogenannten Binnengrenzen (also zum Beispiel der Grenze zwischen Finnland und Estland oder der Slowakei und der Tschechischen Republik) nicht mehr.

Diese Reisefreiheit ist durch das Schengener Übereinkommen geregelt, das mittlerweile Teil der Europäischen Verträge ist. Das Vereinigte Königreich und Irland machen bei Schengen nicht mit, dafür aber Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz – also Länder, die gar nicht der EU angehören. Für Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Zypern gelten noch Übergangsfristen, bevor sie teilnehmen können.

Das Schengener Übereinkommen heißt so, weil es in dem Ort Schengen in Luxemburg abgeschlossen wurde.



Kleines Europaquiz

Was bedeuten die vier Freiheiten für Sie konkret?

Ordnen Sie die Beispiele den vier Bereichen des Binnenmarktes richtig zu und markieren Sie das entsprechende Feld!

	Freier Personenverkehr	Freier Warenverkehr	Freier Dienst- leistungsverkehr	Freier Kapitalverkehr
Ich kann in Dänemark ein Auto kaufen und es zollfrei mitnehmen.	1	0	2	3
Ich kann innerhalb der EU fahren, wohin ich will.	9	6	3	7
Ich kann mein Geld bei einer niederländischen Bank anlegen.	2	3	1	0
Ich kann in Ungarn studieren.	5	1	0	9
Meine Eltern können ihr Badezimmer von einem portugiesischen Fliesenleger renovieren lassen.	4	3	1	7
Meine Eltern können mir Geld an meinen Studienort in Spanien schicken.	1	2	3	9
Ich kann mir im Internet Waren aus Schweden bestellen.	4	5	1	2
Ich kann als Architekt mein Büro auf Malta haben und in Italien Häuser bauen lassen.	5	6	0	8

Die Zahlen ergeben ein Datum im Format TTMMJJJJ! Finden Sie heraus, welches – und was war an diesem Tag los?

__-__-____

EURO-päisches Geld

► Seit 1999 gibt es eine gemeinsame europäische Währung – den Euro. Wenn Litauen den Euro zum 1. Januar 2015 einführt, werden 19 EU-Staaten den Euro als Währung haben. Mehr als 333 Millionen EU-Bürger – das sind zwei Drittel der gesamten EU-Bevölkerung – haben den Euro als ihr gemeinsames Geld.

Im Binnenmarkt können Arbeitskräfte sich frei bewegen, und Waren, Dienstleistungen und Kapital können beliebig ausgetauscht werden. Ohne Währungsschranken können die Vorteile des Binnenmarktes für Unternehmen und Konsumenten, für Arbeitskräfte und Selbstständige noch besser in Anspruch genommen werden. Einkaufen und Preisvergleiche über die EU-Binnengrenzen hinaus sind einfach, wenn man in derselben Währung rechnet. Gerade im Zusammenhang mit dem zunehmenden Online-Handel ist das auch für Menschen interessant, die nicht direkt an einer Grenze wohnen. Die größere Transparenz der Angebote wirkt sich dämpfend auf die Preise aus – das ist gut für jeden, der einkauft.

Ein weiterer Vorteil der gemeinsamen Währung liegt darin, dass man bei Reisen in andere Länder nicht erst Geld umtauschen (und umrechnen) muss. Das spart Geld und Zeit. Aber auch die Unternehmen profitieren vom gemeinsamen Geld, da sie nur noch in einer Währung kalkulieren und abrechnen müssen und kein Risiko von Währungsschwankungen haben. Der Wegfall dieser „Transaktionskosten“ wirkt sich dämpfend auf die Preise aus. Die gemeinsame Währung hat auch zu niedrigeren Zinssätzen geführt, von denen wiederum Konsumenten und Unternehmen gleichermaßen profitieren. Da bleibt mehr Raum für Investitionen, die wiederum zu Wachstum führen. Eine stabile Gemeinschaftswährung, die sich auf die starke Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet stützt, stärkt Europas wirtschaftliche Stellung in der Welt.

Während die gesamte EU ein Binnenmarkt ist, hat nur ein – allerdings großer – Teil den Euro als gemeinsame

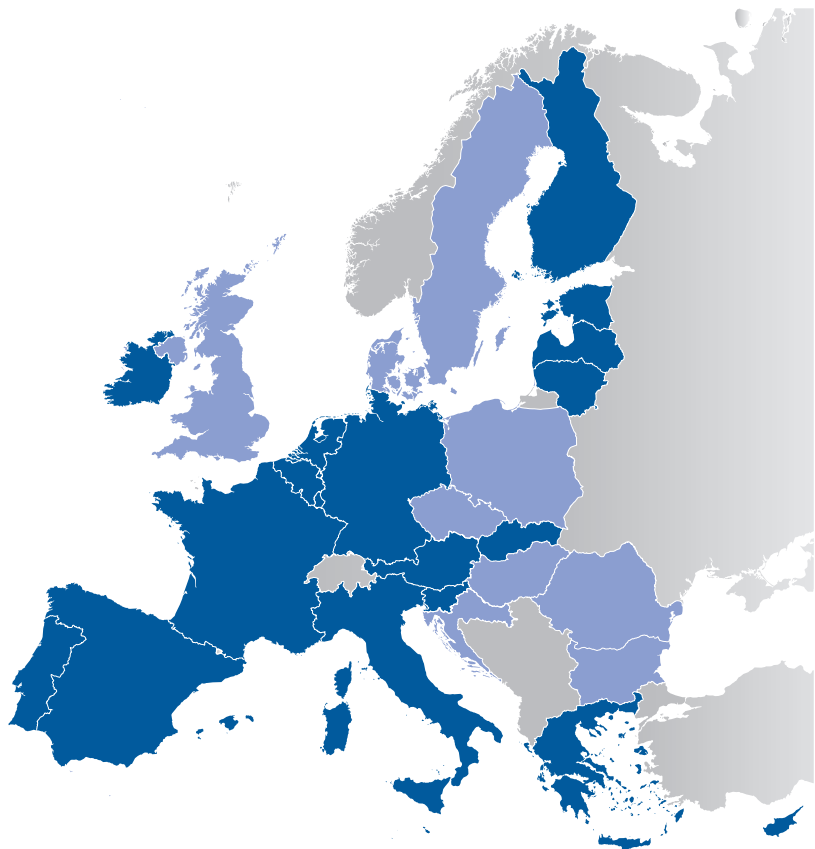
Währung. Einige Staaten wollen dem Euro-Währungsgebiet zurzeit nicht beitreten, andere erfüllen die strengen Kriterien für den Beitritt noch nicht. So darf ein Land beispielsweise nicht zu hoch verschuldet sein, wenn es dem Euro-Währungsgebiet beitreten will. Die Inflationsrate darf maximal 1,5 Prozent über der Inflationsrate der drei Mitgliedstaaten mit der geringsten Inflation liegen.

Trotz dieser klaren Vorgaben ist das Euro-Währungsgebiet 2010 in die Krise gerutscht. Dieses Thema ist sehr kompliziert, aber generell kann man sagen, dass ein Großteil der Probleme dadurch entstanden ist, dass die Eurostaaten sich nicht an die miteinander beschlossenen Vorgaben gehalten und sich zu stark verschuldet haben. Die EU war und ist sehr stark damit beschäftigt, die Risiken für die gemeinsame Währung abzuwehren. Hierzu

gehören Bürgschaften für die Staaten, die Schwierigkeiten haben, sich auf den internationalen Kapitalmärkten zu akzeptablen Zinsen zu refinanzieren. Die Eurostaaten haben deswegen einen „Rettungsschirm“ von 700 Milliarden Euro geschaffen (den Europäischen Stabilitätsmechanismus = ESM), um die Stabilität zu gewährleisten.

Gleichzeitig haben die Eurostaaten sich durch einen Fiskalpakt verpflichtet, ihre Verschuldung zurückzuführen. Diesem völkerrechtlichen Vertrag sind auch viele Nicht-Euro-Staaten beigetreten. Neben der Schuldenrückführung soll auch die Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer und der EU insgesamt gestärkt werden.

Ein Teil des Problems der gemeinsamen Währung bestand auch darin, dass die Banken keiner hinreichenden Kontrolle unterlagen. Daher hat die EU die ►



■ EU-Mitgliedstaaten, die den Euro als Währung haben (Stand: Januar 2015)

■ EU-Mitgliedstaaten, die den Euro nicht als Währung haben

► Bankenaufsicht verstärkt, um zu verhindern, dass Banken durch spekulatives Verhalten ganze Staaten in Schieflage bringen. Die letzten Jahre waren für die gemeinsame Währung schwierig, und das Krisenmanagement hat einen großen Kraftaufwand gekostet. Es hat aber auch die Entschlossenheit der Euroländer gezeigt, die gemeinsame Währung stabil zu halten.

Europäische Wirtschaftspolitik

Um die Wirtschaft in der Europäischen Union zu stärken und zu stimulieren, hat die Europäische Kommission die Strategie „Europa 2020“ für Wachstum und Beschäftigung geschaffen. Diese

sieht unter anderem Investitionen in Bildung und Forschung vor, die dazu beitragen sollen, dass Europa auch in Zukunft zu den innovativsten Regionen der Welt gehört. Ziel ist eine Stärkung von Wirtschaft und Industrie, die nicht nur wettbewerbsfähig sein, sondern auch die Umwelt so wenig wie möglich belasten soll. Weitere Ziele sind die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut innerhalb der EU. Da die Europäische Union sich als Wertegemeinschaft versteht und sich den Grundsätzen der Gleichheit und der Solidarität verpflichtet fühlt, ist es ihr wichtig, dass das Wachstum allen Europäern zugutekommt.

Entscheidungsfindung im EU-Währungsgebiet

Normalerweise entscheiden in der EU alle Mitgliedstaaten gemeinsam. Aber es gibt auch Angelegenheiten, die besonders diejenigen Länder betreffen, die gemeinsam den Euro als Währung haben. Ihre Finanzminister treffen sich regelmäßig in der Eurogruppe und legen fest, was im gemeinsamen Währungsraum geschehen muss. Natürlich haben diese Entscheidungen auch Auswirkungen auf die anderen Länder in der Europäischen Union, die den Euro nicht oder noch nicht als Währung haben, die aber im gemeinsamen Binnenmarkt davon betroffen sind.



Aufgabe

Wer soll über die gemeinsame Währung entscheiden?

Zu den Entscheidungen der Eurogruppe innerhalb der Europäischen Union gibt es unterschiedliche Auffassungen, zum Beispiel:

- „Es ist völlig richtig, dass die Eurostaaten unter sich alles entscheiden, womit die Sicherheit und Stabilität der gemeinsamen Währung gewährleistet wird. So ist es und so soll es bleiben.“
- „Die Eurostaaten müssen nicht nur über die direkten Währungsfragen entscheiden, sondern darüber hinaus auch über die wirtschaftliche Zukunft des Euro-Währungsgebiets insgesamt. Sie sind die Kerngruppe der EU und sollten über alle Fragen der gemeinsamen Euro-Wirtschaft selbst entscheiden. Das betrifft zum Beispiel Steuern, Beschäftigung oder auch die soziale Sicherheit. So sollte es auch sein, wenn die Entscheidungen Auswirkungen auf die anderen Länder in der Europäischen Union haben. Wenn sie mitreden wollen, können sie ja dem Euro-Währungsgebiet beitreten.“
- „Es kann nicht sein, dass 19 Staaten allein für die gesamte EU entscheiden. Die EU entscheidet auch viele andere Dinge, die nicht alle betreffen, zum Beispiel wenn es um die Ostsee oder das Mittelmeer geht. Trotzdem stimmen alle darüber ab. Die meisten EU-Staaten wollen der Währungsunion auch in einigen Jahren beitreten. Da müssen sie jetzt schon mitbestimmen können, wie diese sich entwickelt.“

Was meinen Sie? Diskutieren Sie die verschiedenen Positionen in der Gruppe und legen Sie sich auf eine eigene Meinung fest, die Sie dann mit den anderen Gruppen diskutieren! Mehr Informationen darüber, wie das Euro-Währungsgebiet funktioniert, finden Sie auf dieser Website: <http://eurozone.europa.eu/> (auf Englisch).



Kleines Europaquiz

Welche Länder gehören zum Euro-Währungsgebiet?
Bitte kreuzen Sie sie an!

Belgien	Bulgarien	Dänemark	Deutschland
Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland
Irland	Italien	Kroatien	Lettland
Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande
Österreich	Polen	Portugal	Rumänien
Schweden	Slowakei	Slowenien	Spanien
Tschechische Republik	Ungarn	Vereinigtes Königreich	Zypern





Maßnahmen zum Klimaschutz

► Das Weltklima verändert sich, die Erdatmosphäre erwärmt sich. Das hat negative Konsequenzen für unser Wetter: häufiger Stürme und Hochwasser, heißere Sommer, fortschreitende Wüstenbildung in Afrika und Südeuropa, Abschmelzen der Polkappen und damit Versinken ganzer Inseln – das kann uns nicht gleichgültig sein. Der Klimawandel hat wesentlich mit dem Schadstoffausstoß der Industriestaaten zu tun. Leider ist der Prozess nicht mehr umzukehren; umso wichtiger ist es, das Ansteigen der Temperatur zu begrenzen. Ob das gelingt, entscheidet sich in den nächsten Jahren. Deshalb ist schnelles und konsequentes Handeln besonders wichtig. Kein Staat kann die Klimaveränderung allein stoppen.

Die Europäische Union hat sich für das Jahr 2020 ehrgeizige klima- und energiepolitische Ziele gesetzt:

- eine Verringerung der Treibhausgase um 20 Prozent,
- eine Anhebung des Anteils erneuerbarer Energien (Wind, Sonne, Biokraftstoffe) auf 20 Prozent und
- eine Energieeinsparung um 20 Prozent.

Damit ist Europa Vorreiter und kann sich bemühen, die anderen großen Verschmutzer und Energieverbraucher wie die USA und China in die gemeinsame Verantwortung zu holen.





Aufgabe

Halten Sie diese Politik für richtig?

Welchen der nachstehend geäußerten Meinungen können Sie zustimmen?



	Stimme voll zu	Stimme teilweise zu	Lehne ich eher ab	Lehne ich völlig ab
Die EU sollte ihre Schadstoffemissionen nur reduzieren, wenn die anderen das auch tun.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die EU sollte ihre Ziele auf jeden Fall erreichen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die EU sollte sich noch ehrgeizigere Ziele setzen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wir sollten uns von der Diskussion nicht verrückt machen lassen. Wenn es bei uns ein paar Grad wärmer wird, ist das doch nicht so tragisch.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die EU-Staaten werden ihre Ziele sowieso nicht erreichen, weil sie in Wirklichkeit nur auf den eigenen Vorteil bedacht sind.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klimaschutz darf nicht zulasten von Arbeitsplätzen gehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wir sollten uns die Ziele nicht von Wissenschaftlern diktieren lassen, sondern so viel Klimaschutz verwirklichen können, wie wir uns leisten können, ohne dass es weh tut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Klimaschutz schafft neue Arbeitsplätze. Davon profitieren Firmen und Arbeitnehmer. Auch deshalb sollten wir uns in diesem Bereich engagieren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Der gemeinsame Raum des Rechts

► Europa ist längst ein gemeinsamer Lebensraum geworden. Viele Menschen reisen über die Binnengrenzen der EU-Länder, um woanders zu leben, zu arbeiten oder sich einfach umzuschauen. Sie lernen sich kennen, verlieben sich und heiraten. Leider geht das manchmal schief, sodass man sich wieder scheiden lassen muss. Dann ist es wichtig, dass es ein einheitliches Recht gibt, denn dann geht es um Unterhalt und Sorgerecht. Wenn nun ein Österreicher und eine Luxemburgerin in Italien leben und sich dort scheiden lassen, kann sich nicht jeder auf sein nationales Recht berufen. Deshalb ist die Zusammenarbeit der EU-Staaten im Bereich des Zivilrechts so wichtig. Dieses regelt

auch Erbschaftsangelegenheiten und viele andere Dinge, die unser tägliches Leben betreffen.

Auch Verbrecher freuen sich über offene Grenzen, weil sie meinen, dass sie damit der Strafverfolgung entgehen. Da haben sie sich allerdings geirrt, denn mittlerweile gibt es eine enge Zusammenarbeit der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. Europol, die Europäische Polizeibehörde, koordiniert dieses Zusammenspiel.

Europäische Grundrechte

Die Menschen- und Grundrechte sind in allen Gesellschaften von höchster Bedeutung, da sie alle Bürgerinnen

und Bürger betreffen. In der EU, einem Zusammenschluss von Demokratien, sind die Grundrechte auf nationaler Ebene geschützt, meistens durch die Verfassung. Da die Europäische Union aber selbst Gesetze und Verordnungen erlässt, die die Menschen betreffen, ist es wichtig, dass es auch eine Charta der Grundrechte der Europäischen Union gibt. Diese ist Teil des Vertrags von Lissabon. Den Text finden Sie hier:

<http://europa.eu/!Md84Xc>

Aufgabe

Schauen Sie sich die Europäische Grundrechtecharta an und vergleichen Sie sie mit Ihrer nationalen Verfassung bzw. Ihrem nationalen Grundrechtsschutz!

Welche Regeln sind identisch? Was steht nur in der Grundrechtecharta? Was fehlt in der Grundrechtecharta? Fertigen Sie eine Liste an, die einen Überblick gibt!

Diskussion

Diskussion über die Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Wie wichtig ist eine Europäische Grundrechtecharta? Brauchen wir sie wirklich als Ergänzung des nationalen Grundrechtsschutzes? Wenn Sie die Grundrechtecharta schreiben sollten: Was wäre anders? Was würde ergänzt? Was würde gestrichen?

Erarbeiten Sie diese Fragen in kleinen Gruppen und vergleichen Sie anschließend die Ergebnisse!

Aufgabe

Der Baum der europäischen Politik

Am Baum der europäischen Politik hängen viele Blätter. Hier sind einige Politikbereiche genannt, in denen die Mitgliedstaaten im Rahmen der EU zusammenarbeiten.

Ordnen Sie die Blätter mit den verschiedenen Politikbereichen so, dass sie jeweils am richtigen Ast hängen!



Reisefreiheit (Schengen)	Gemeinsame Umweltstandards	Gemeinsame Währung	Erneuerbare Energien	Gemeinsame Außenpolitik	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Gemeinsame Asylpolitik
Entwicklung des ländlichen Raums	Binnenmarkt	Klimaschutz	Lebensmittelkennzeichnung	Verbindliche Lebensmittelstandards	Senkung der Roaminggebühren	
Gemeinsame Kriminalitätsbekämpfung	Strukturpolitik zur Unterstützung der Regionen		Verbindliche Sozialmindeststandards		Zusammenarbeit in Zivil- und Strafrechtsverfahren	

Europa geht weiter – die Erweiterung der Europäischen Union



Feier zur EU-Erweiterung am Brandenburger Tor in Berlin. In der deutschen Hauptstadt wurden am 1. Mai 2004 Hunderte blaue „Europa“-Luftballons in den Himmel geschickt, um Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern willkommen zu heißen.

Die Europäische Union wurde von sechs Staaten gegründet, war aber immer auf das ganze Europa angelegt, also offen für weitere Mitglieder.

Heute umfasst die EU 28 Mitglieder, und weitere stehen vor der Tür. Was ist es, das die EU für die anderen Staaten so attraktiv macht? Und wie geht es weiter mit dem Erweiterungsprozess? Diese Fragen sollen im vorliegenden Kapitel behandelt werden.

Grundsätze der EU

- Schon in den 1957 geschlossenen Römischen Verträgen, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft ins Leben gerufen wurden, hieß es in der „Präambel“, also dem Vorwort des Vertrags:

„Entschlossen, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen“

Heute lautet Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union:

„Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.“

In Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union heißt es:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“



Das Vertragswerk der Römischen Verträge mit den Unterschriften der Staats- und Regierungschefs und der Bevollmächtigten der Regierungen der sechs Gründungsmitglieder.

Aufgabe

Wer kann Mitglied werden?

Was bedeuten die Grundsätze, die in Artikel 2 aufgeführt sind, konkret? Was muss ein Staat tun, der Mitglied der EU werden will, was darf er auf keinen Fall? Was meinen Sie?

Ein Staat, ...	kann Mitglied der EU werden	kann nicht Mitglied der EU werden
der keine Pressefreiheit gewährt,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
der die Todesstrafe praktiziert,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
der es den Bürgern erlaubt, gegen die Regierung zu protestieren,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in dem regelmäßig das Parlament gewählt wird,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in dem ein Präsident bis zu seinem Tod regiert und durch seinen Sohn oder seine Tochter abgelöst wird,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in dem Schwule und Lesben gleiche Rechte wie Heterosexuelle genießen,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in dem die Armeeführung die Politik bestimmt und notfalls durch militärische Macht in die Innenpolitik eingreift,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in dem Menschen so lange als unschuldig gelten, bis ein Gericht ihre Schuld festgestellt hat,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in dem es nur eine Partei gibt, die deshalb auch immer an der Regierung ist,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
der Minderheiten schützt, auch wenn die Mehrheit gerne mehr Druck auf die Minderheiten ausüben würde,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wo verlaufen die Grenzen Europas?

► Die Frage nach den Grenzen Europas ist geografisch nicht zu beantworten. Vor allem nach Osten und Südosten hat Europa keine klar umrissene Grenze. Auch die Geografen waren und sind uneins über die Frage, wo der Kontinent aufhört. In der Geschichte der Geografie gab es immer wieder ganz unterschiedliche Grenzziehungen, je nachdem, von welcher Vorstellung der entsprechende Wissenschaftler ausging.

Das bedeutet: Wir schauen nicht auf die Karte oder den Globus und entdecken

dann Europa, sondern wir haben eine Vorstellung im Kopf, die wir dann wieder entdecken. Deutlich wird das dort, wo es eigentlich klare natürliche Grenzen des Kontinents gibt: im Norden und im Westen. Island gehört nach unserem Selbstverständnis eindeutig zu Europa. Tatsächlich liegt es jedoch weit vom Festland entfernt im Europäischen Nordmeer.

Dass das Vereinigte Königreich und Irland zu Europa gehören, ist uns allen selbstverständlich. Dennoch ist der Kanal zwischen Frankreich (und damit dem

Festland) und dem Vereinigten Königreich breiter als die Straße von Gibraltar, die Spanien von Marokko trennt. Es gibt keine einfache und zeitlose Definition des Begriffs „europäisch“. Er setzt sich aus geografischen, historischen und kulturellen Elementen zusammen, die alle zur europäischen Identität beitragen. Was wir unter „europäisch“ verstehen, hängt von unserer gemeinsamen Erfahrung von Ideen, Werten und historischen Wechselwirkungen im Wandel der Zeit ab.

Aufgabe

Wo endet Europa?

Ein Land, das zur EU gehören will, muss also demokratisch sein. Aber es muss darüber hinaus auch „europäisch“ sein.

Wo liegen die Grenzen Europas? Nehmen Sie eine physische Karte oder einen Atlas und bestimmen Sie die Grenzen Europas! Was sind die Kriterien, nach denen Sie entscheiden, ob ein Land zu Europa gehört oder nicht? Wo liegt die Türkei? Und gehört Island zu Europa? Wie ist das mit Georgien? Oder mit Grönland? Und wie steht es um Marokko?

Nachdem Sie Europas Grenzen für sich festgelegt haben, lesen Sie bitte den Text rechts!



Geografie

Geschichte

Unterschiede

Gemeinsamkeiten

Musik

Kino

Literatur

Essen

Trinken

Freiheit

Freizeit

Wirtschaft

Reisen

Bildungswesen

Probleme

Zukunftsvorstellungen

Aufgabe

Reise nach Australien

Stellen Sie sich vor, Sie fahren zu einem Schüleraustausch nach Australien. Australien ist weit weg und gehört bestimmt nicht zu Europa. Aber Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler dort sind neugierig und bitten Sie, in der Klasse einen kurzen Vortrag zum Thema „Was ist Europa?“ zu halten.

Bereiten Sie einen solchen Vortrag in einer kleinen Gruppe vor! Sie haben für den Vortrag nur fünf Minuten Zeit, das heißt, Sie müssen sich auf das Wichtigste und Interessanteste konzentrieren. Wie erklären Sie gleichaltrigen Australiern, was Europa ist?

Geben Sie ihnen einen „Geschmack“ von Europa. Was ist das besondere Lebensgefühl hier, woran spüren Sie, dass Sie Europäer sind? Was ist für Sie toll an Europa, was finden Sie nicht so gut?

Hier ist eine kleine Stichwortliste. Überlegen Sie, welche Punkte Sie in Ihren Vortrag einbauen wollen und welche nicht. Und Vorsicht: Fünf Minuten sind nicht viel Zeit!

Die westlichen Balkanstaaten

► Kroatien ist der EU im Juli 2013 beigetreten. Eine grundsätzliche Beitrittszusage zur Europäischen Union haben auch andere Staaten des westlichen Balkans erhalten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien.

Außer Albanien gehörten diese Staaten alle zu Jugoslawien, das sich in den 1990er Jahren, nach zum Teil heftigen Kämpfen, aufgelöst hat. Serbien und Montenegro waren bis 2006 ein gemeinsamer Staat und haben sich dann friedlich getrennt. Um die Zugehörigkeit von Kosovo zu Serbien entbrannte 1998/99 ein gewaltsamer Konflikt, der letztendlich durch das Eingreifen der NATO gegen Serbien beendet wurde. Nachdem Kosovo anschließend unter Verwaltung der Vereinten Nationen gestellt wurde, erklärte es sich 2008 für unabhängig.

Die EU sieht die beste Möglichkeit, dauerhaften Frieden in die Region zu bringen, in einer EU-Mitgliedschaft dieser Länder. Das haben die Staats- und Regierungschefs 2003 auf einer Konferenz in Thessaloniki in Griechenland bekräftigt. Allerdings wird Kosovo von fünf EU-Staaten völkerrechtlich nicht anerkannt.

Der lange Weg bis zum EU-Beitritt

Die westlichen Balkanstaaten haben noch einen langen Weg vor sich, bis sie in der EU angekommen sein werden.

Sie müssen zunächst ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der

Europäischen Union abschließen, das sie zu konkreten Reformschritten verpflichtet. Dieses Abkommen muss dann in allen Mitgliedstaaten und natürlich in dem jeweiligen Partnerland selbst ratifiziert werden, das heißt, die Parlamente müssen zustimmen.

Dann muss das Abkommen umgesetzt (implementiert) werden. Wenn das funktioniert, können die betreffenden Staaten einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen. Falls die Europäische Kommission hierzu eine positive Stellungnahme abgibt, ernennt der Europäische Rat (die Staats- und Regierungschefs der EU) sie zu Kandidaten.

Nachdem weitere Reformen durchgeführt wurden, können die Verhandlungen beginnen. Dabei geht es darum, wie schnell die Kandidatenländer das gemeinsame Recht der EU übernehmen können.

Wenn die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen sind, was erfahrungsgemäß einige Jahre dauert, muss der Beitrittsvertrag von den jeweiligen Kandidatenländern und von allen Mitgliedern der EU ratifiziert werden. Dies geschieht in einigen Staaten durch Volksabstimmungen. Auch das Europäische Parlament muss zustimmen. Erst dann werden die Kandidaten Mitglied der Europäischen Union.

Wo stehen die Länder?

Auf ihrem Weg sind die Staaten des westlichen Balkans unterschiedlich weit vorangekommen. Mit **Kroatien** sind die Verhandlungen abgeschlossen, und der



Beitritt erfolgte am 1. Juli 2013. Mit **Montenegro** wird seit 2012 über den Beitritt verhandelt. Die **ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien** ist offiziell Beitrittskandidat, aber die Gespräche haben noch nicht begonnen. In derselben Lage befinden sich **Serbien** und **Albanien**. Die anderen Staaten (Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo) gelten bislang als „potenzielle Kandidaten“. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit **Bosnien und Herzegowina** ist ebenfalls unterzeichnet, aber noch nicht in Kraft. Die demokratische Entwicklung in **Kosovo** wird durch eine Mission der EU unterstützt.

Aufgabe

Was liegt wo?

Tragen Sie die Namen der Staaten und die Hauptstädte in die Karte ein. Sie können die Karte auf der Hefrückseite zur Hilfe nehmen.



Aufgabe

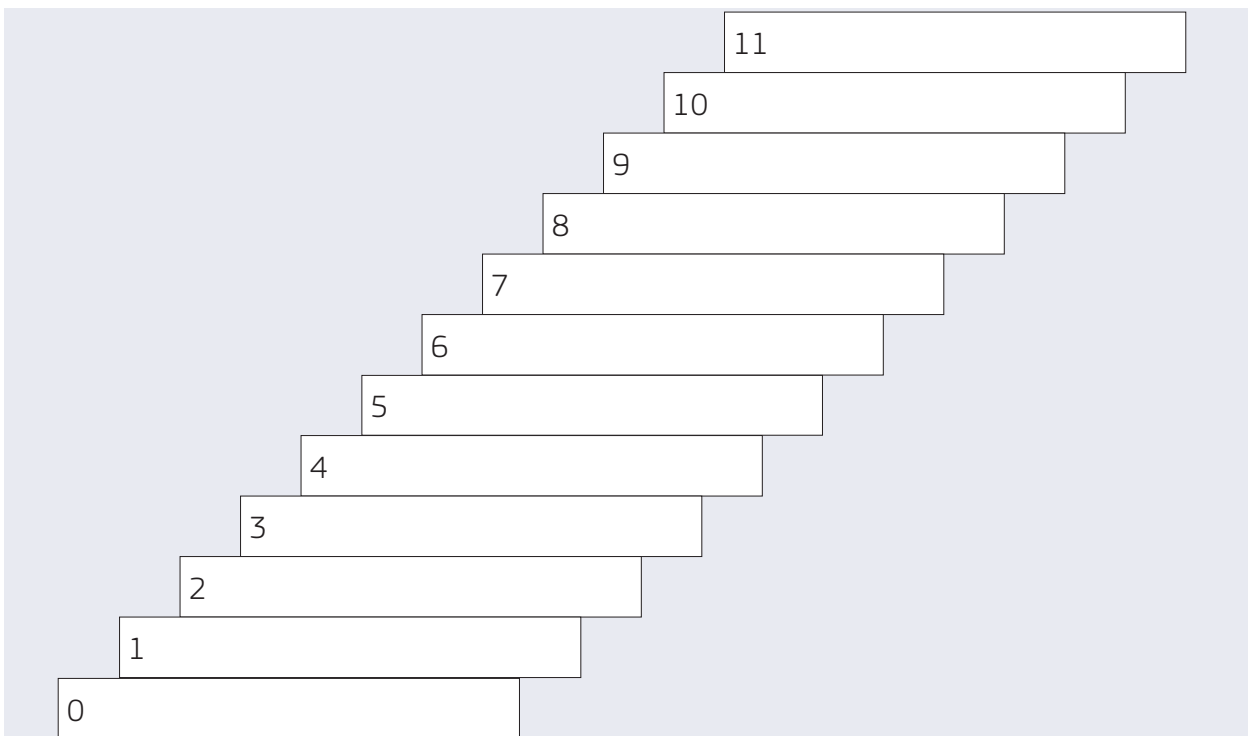
Stufen zur EU-Mitgliedschaft

Haben Sie mitgezählt, wie viele Stufen die westlichen Balkanstaaten überwinden müssen, bis sie Mitglied der EU sein werden?

Setzen Sie die nachfolgenden Stufen richtig in die Treppe ein, die die Staaten in die EU führt!



Positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Mitgliedschaftsantrag	Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens durch die Mitgliedstaaten und das Partnerland	Antrag auf Mitgliedschaft	Das Beitrittsverfahren hat noch nicht begonnen
Beginn der Beitrittsverhandlungen	Umsetzung (Implementierung) des Abkommens	Ratifizierung durch das Europäische Parlament	Erfolgreicher Abschluss der Beitrittsverhandlungen
Ratifizierung des Beitrittsvertrags in allen Mitgliedstaaten und in dem Partnerland (durch die Parlamente oder durch Volksabstimmung)	Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens	Ernennung zum Kandidaten	Mitgliedschaft



Aufgabe

Auf welchen Stufen befinden sich die Staaten des Westbalkans?

Tragen Sie die entsprechende Zahl in das Kästchen ein!

	Albanien
	Bosnien und Herzegowina
	Kosovo
	Kroatien
	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
	Montenegro
	Serbien

Die Türkei

- ▶ Die Türkei hat derzeit den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Sie ist in vielen Bereichen ein enger Partner der EU. Die EU ist beispielsweise der größte Handelspartner der Türkei. Die enge Zusammenarbeit mit der EU begann vor etwa 50 Jahren. Mit der Türkei besteht seit 1995 eine Zollunion. Das eigentliche Beitrittsverfahren begann 1999 und wurde von allen Mitgliedstaaten einstimmig unterstützt. Heutzutage gehen die Meinungen dazu, ob das Verfahren letztendlich zum Beitritt führen wird, auseinander. Die EU-Mitgliedschaft bleibt ein strategisches Ziel der Türkei.



Wie geht es weiter?

- ▶ Es zeigt sich, dass die Debatte um die Erweiterung keineswegs einfach ist. Auf der einen Seite hat die Europäische Union sich nie als geschlossenen Club verstanden, sondern wollte und will für alle europäischen Länder offen sein.

Die Aufnahme neuer Mitglieder sorgte in der Vergangenheit für Frieden und Stabilität in Europa. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelang es der EU, durch ihre Erweiterungspolitik die Zone von Demokratie und Marktwirtschaft auf die Länder Mittel- und

Osteuropas auszuweiten. Neun Länder, die zum ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich gehörten, sind jetzt Mitglieder der EU. Ebenfalls Mitgliedstaaten sind Slowenien und (seit 2013) Kroatien, die Teil des ebenfalls zusammengebrochenen Jugoslawiens waren, sowie die beiden Mittelmeerinseln Malta und Zypern.

Auf der anderen Seite ist immer noch nicht geklärt (und auch nicht ein für alle Mal zu entscheiden), wo denn Europa nun eigentlich endet und wie weit die Politik, Ländern die Mitgliedschaft zu

versprechen und sie schließlich aufzunehmen, gehen soll.

Gegenüber den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und gegenüber Albanien, das ebenfalls zu der Region gehört, die wir heute „Westbalkan“ nennen, wie auch gegenüber der Türkei wird diese Politik weitergeführt. Sie haben eine Mitgliedschaftsperspektive, auch wenn es bei einigen Ländern noch lange dauern dürfte, bis sie sich einlösen lässt.

6

Europa in der Welt



Wir Europäer sind nicht allein auf der Welt. Wir stellen nicht einmal die Mehrheit der Weltbevölkerung, bei weitem nicht. Deshalb können wir uns auch nicht nur mit uns selbst beschäftigen, sondern müssen unser Augenmerk auch auf die anderen Kontinente richten. Diese brauchen wir als Partner für unser eigenes Wohlergehen, weil sie uns unsere Produkte abkaufen und ihre Waren anbieten und weil sie uns die Rohstoffe liefern, über die wir selbst nicht verfügen.

Aber es gibt auch Probleme, die uns nicht gleichgültig lassen dürfen. Hier sind zum einen Kriege und Unterentwicklung zu nennen, die vielen Menschen die Möglichkeit nehmen, in Würde zu leben. Andererseits machen Umweltverschmutzung und Klimaveränderung nicht an den Grenzen der Europäischen Union halt.

Aufgabe

Die Kontinente der Welt

Wenn man einmal von der Antarktis absieht, kann man die Welt in sechs Kontinente unterteilen: Afrika, Asien, Australien/Ozeanien, Europa, Nordamerika und Südamerika. Es gibt auch andere Einteilungen, die Nord- und Südamerika zu Amerika zusammenfassen oder Europa und Asien zu Eurasien. Wir bleiben hier jedoch bei den sechs Kontinenten (ohne Antarktis). Recherchieren Sie die fehlenden Informationen und tragen Sie sie in die Tabelle unten ein!

Kontinent	Fläche	Prozent der Erdoberfläche	Bevölkerung	Rangfolge nach Bevölkerung	BIP (*) pro Kopf in US-Dollar	Rangfolge nach BIP (*)
Afrika						
Asien						
Australien/Ozeanien						
Europa						
Nordamerika						
Südamerika						

(*) BIP: Bruttoinlandsprodukt.

Europas Interessen in der Welt

► Europa ist also ein relativ kleiner Kontinent, aber wirtschaftlich bedeutsam. Daraus ergeben sich auch Aufgaben und Interessen, die wir anderen gegenüber durchsetzen wollen.

Die EU verfolgt bei ihrer internationalen Politik mehrere Ziele.

- Sie schützt die Interessen Europas und wehrt Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Einwanderung ab.
- Sie leistet einen Beitrag zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt (Klimapolitik, Umweltschutz).
- Sie wirkt auf andere ein, Frieden zu schaffen und zu erhalten (zum Beispiel im Nahen Osten oder in Afrika).
- Sie hilft anderen Ländern, sich zu entwickeln und Armut, Analphabetentum und Unterentwicklung zu überwinden.
- Sie setzt sich weltweit für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein.



Aufgabe

Globale Herausforderungen

Ende 2003 hat die Europäische Union eine Sicherheitsstrategie beschlossen, die die wichtigsten Punkte festlegt. Dort werden globale Herausforderungen benannt, vor denen die EU steht.

Schauen Sie sich die Herausforderungen an und ordnen Sie die Lösungsvorschläge aus der Europäischen Sicherheitsstrategie den verschiedenen Problemfeldern zu!

Globale Herausforderungen	Lösungsansatz
Kriege und innerstaatliche Konflikte	
Armut	
Krankheiten	
Unterentwicklung	
Knappheit von Ressourcen	
Energieabhängigkeit Europas	
Überalterung in Europa	
Terrorismus	
Verbreitung von Massenvernichtungswaffen	
Organisierte Kriminalität	
Bedrohung der natürlichen Umwelt	

Lösungsvorschläge aus der Europäischen Sicherheitsstrategie

Entwicklungshilfe für Afrika	Schuldenerlass für unterentwickelte Länder	Unterstützung der Demokratie in anderen Ländern	Sicherung der Wasserreserven der Welt
Aufbau von Gesundheitssystemen in weniger entwickelten Ländern	Bekämpfung des internationalen Terrorismus	Klimaschutz	Friedenssicherung durch militärisches Eingreifen
Internationale Waffenkontroll- und Abrüstungsvereinbarungen	Dialog mit der islamischen Welt	Energiekooperation über die Grenzen Europas hinaus	Gesteuerte Einwanderung
Kampf gegen die Verschmutzung der Weltmeere	Internationale Polizeizusammenarbeit	Öffnung der europäischen Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern	Sicherheit im Internet

Festung Europa?

► Ein großes Thema innerhalb der Europäischen Union ist die Migration. Migration heißt eigentlich „Wanderung“ und beschreibt den Sachverhalt, dass Menschen einen Ort verlassen, um sich woanders niederzulassen. Tatsächlich dreht sich unsere öffentliche Debatte allerdings um die Immigration, nämlich um die Einwanderung nach Europa. Es gibt **legale Einwanderung** in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das heißt, Menschen aus Nicht-EU-Staaten kommen ganz offiziell und mit Erlaubnis zu uns, um hier zu arbeiten, zu studieren oder einfach (zum Beispiel als Ehepartner eines EU-Bürgers) zu leben. Viele dieser Menschen kommen, weil sie sich in der Europäischen Union ein besseres Leben erhoffen. Aber sie sind auch für uns wichtig, weswegen wir manchmal direkt um sie werben. Einwanderer bringen nämlich ihr Können und ihre Bereitschaft mit, sich hier wirtschaftlich einzubringen. Gerade auch die Zuwanderung junger Menschen ist für uns wichtig, da unsere Gesellschaften im Durchschnitt immer

älter werden – mit allen Problemen, die das für die Renten- und Sozialkassen mit sich bringt.

Um qualifizierten Menschen aus Nicht-EU-Ländern die Übersiedlung in die Europäische Union zu erleichtern, wurde eine „Blue Card“ eingeführt. Damit können sie für ein bis vier Jahre in der EU arbeiten. Bislang gehen die meisten gut ausgebildeten Migranten aus Nicht-EU-Ländern in die USA.

Neben der legalen und erwünschten Einwanderung gibt es die **illegale Zuwanderung**, das heißt, Menschen kommen ohne Erlaubnis. Diese Personen verstoßen damit gegen die Gesetze der EU-Staaten, sind jedoch selbst oft das Opfer von Schlepperbanden, die ihnen für die Einschleusung in die EU das letzte Geld aus der Tasche ziehen. Für viele Menschen auf dieser Welt sieht Europa wie ein Paradies aus, in das sie versuchen zu fliehen. Weithin bekannt sind die Bilder von Afrikanern, die in Fischerbooten auf dem Meer ausgesetzt und dann von italienischen, maltesischen

oder spanischen Grenzpatrouillen aufgegriffen werden.

Wie viele Menschen illegal in Europa leben, weiß niemand so genau. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission könnten es etwa 4,5 Millionen sein.

Die Europäische Union unternimmt große Anstrengungen, die illegale Immigration zu unterbinden. Hierzu gehören verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen und eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern. Gleichzeitig arbeitet man aber auch intensiv daran, Bürgern aus Nicht-EU-Staaten legale Möglichkeiten zu bieten, in die EU zu kommen und hier zu leben. Durch ihre developmentpolitische Zusammenarbeit mit den ärmeren Ländern der Welt versucht die EU dazu beizutragen, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der illegalen Einwanderer so zu verbessern, dass diese ihr Land nicht mehr verlassen müssen.

Die EU und ihre Kooperationspartner

► Die EU unterhält Beziehungen zu vielen Ländern der Welt, darunter auch extensive Kontakte zu Entwicklungsländern in Afrika und Lateinamerika sowie zu den großen und kleinen Staaten Asiens. Diese vielfältigen Beziehungen können hier aus Platzgründen leider nicht behandelt werden. Aber auf der Internetseite der Europäischen Union können Sie sich darüber informieren:

http://europa.eu/pol/cfsp/index_de.htm.

Ein besonderer Schwerpunkt der EU-Außenpolitik ist die developmentpolitische Zusammenarbeit mit Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP). Mit diesen derzeit 79 AKP-Staaten werden

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen geschlossen, die den Ländern helfen sollen, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren und die Armut im eigenen Land wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind der weltgrößte Geber von Entwicklungshilfe. Über die Hälfte der Gelder für arme Länder kommen von ihnen. Allerdings beinhaltet developmentpolitik mehr als lediglich die Bereitstellung von sauberem Wasser und befestigten Straßen, so wichtig dies auch sein mag. Die EU fördert die Entwicklung auch über den Handel, indem sie ihre Märkte für Ausfuhren aus Entwicklungsländern öffnet und diese ermutigt, den Handel untereinander zu verstärken.

Aufgabe

EU-Entwicklungszusammenarbeit

Hier sehen Sie verschiedene Bereiche der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der EU. Bitte ordnen Sie die Bildnummern den Bildunterschriften und den dazugehörigen Maßnahmen zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu! Beachten Sie: Die zusammengehörigen Bildunterschriften und Maßnahmen stehen nicht unbedingt direkt nebeneinander!



Nr.	Bildunterschrift	Nr.	Maßnahme
<input type="checkbox"/>	Unterstützung von medizinischen Einrichtungen durch Krankentransportfahrzeuge in Südafrika	<input type="checkbox"/>	Förderung von Menschenrechten und Demokratie
<input type="checkbox"/>	Schulung von Waldarbeitern in Papua-Neuguinea	<input type="checkbox"/>	Aufbau der Infrastruktur
<input type="checkbox"/>	Anlieferung von Reis im Hafen von Sansibar zur Verteilung an Bedürftige	1	Förderung von erneuerbaren Energien/Energieversorgung
<input type="checkbox"/>	Minenbeseitigung in Laos	<input type="checkbox"/>	Wasserversorgung
<input type="checkbox"/>	Bau von Brunnen, hier in Dhaka, Bangladesch	<input type="checkbox"/>	Beseitigung von Konflikten/Friedenssicherung
<input type="checkbox"/>	Vergabe von Kleinkrediten an Näherinnen in Bosnien und Herzegowina	<input type="checkbox"/>	Gesundheitsförderung
1	Gewinnung von Strom aus Windkraft, Bolivien	<input type="checkbox"/>	Umweltschutz
<input type="checkbox"/>	Beobachtung von Wahlen in Nigeria	<input type="checkbox"/>	Maßnahmen zur Schaffung von Wirtschaftswachstum
<input type="checkbox"/>	Förderung von Schulen, hier in Eterasama in der Chapare-Region in Bolivien	<input type="checkbox"/>	Gewährleistung einer Grundbildung für alle
<input type="checkbox"/>	Straßenbau in Benin	<input type="checkbox"/>	Armutsbeseitigung

Diskussion

Diskussion über Migration

Etwa 214 Millionen Menschen auf der Welt leben in einem Land, das nicht ihr Heimatland ist. Könnten auch Sie sich vorstellen, Ihrem Heimatland für immer den Rücken zu kehren? Aus welchen Gründen würden Sie das tun? Und aus welchen Gründen würden Sie auch in ein Land einreisen, in dem Sie nicht erwünscht sind oder in dem Ihre Einreise sogar illegal wäre? Diskutieren Sie dies in mehreren Gruppen! Informieren Sie sich darüber, aus welchen Gründen Menschen aus dem Süden und dem Osten zu uns kommen, und bringen Sie diese Informationen in die Gruppendiskussion ein!

Europa in der Welt

► Europa ist keine Insel, sondern Teil einer Welt, die immer mehr zusammenwächst. Deshalb steht die EU auch in der Verantwortung, sich international zu engagieren. Sie tut dies, um ihre eigenen Interessen zu wahren, um die Entwicklung der Welt positiv zu gestalten und um anderen Menschen zu helfen, die nicht so gut und gesichert leben wie die Europäer.

So engagiert sich die EU beispielsweise sehr stark im Bereich Klimaschutz und bemüht sich, auch Länder, die große Mengen Kohlendioxid ausstoßen, in eine gemeinsame Strategie einzubinden. Die Rede ist hier beispielsweise von den USA und von China. Auch andere Fragen des Umweltschutzes spielen eine große Rolle und sind nur gemeinsam zu lösen. Die Verschmutzung der Weltmeere oder auch ihre Überfischung sind Beispiele dafür.

Die EU setzt sich weltweit für die Demokratie ein und versucht, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass andere Länder auch die demokratischen Grundrechte und -freiheiten respektieren und ihren Bürgern gewähren.

Sehr aktiv arbeitet die EU daran, die sogenannten Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu erreichen, die kurz gesagt darin bestehen, die absolute Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Dabei ist von Menschen die Rede, die täglich weniger als einen US-Dollar zur Verfügung haben.

Europa kann die Geschicke unseres Erdballs nicht allein steuern, aber ohne Europa geht auch nichts voran. Wir leben in einer Welt, in der es uns nicht gut gehen kann, wenn es anderen schlecht geht.

Die Zukunft Europas



„Wo wollt ihr im Jahr 2030 wohnen, wie wollt ihr leben, und was möchtet ihr tun?“

Die Europäische Union ist mehr als ein Wirtschaftszusammenschluss. Sie ist eine Wertegemeinschaft, d. h. ein Zusammenschluss von Staaten und Bürgern, die gemeinsame Grundüberzeugungen haben und diese auch vertreten.

Dabei stellen sich viele Fragen im 21. Jahrhundert anders als noch im 20. Jahrhundert. Der Frieden unter den Mitgliedstaaten ist gesichert, und alte Feindschaften konnten in stabile Freundschaften oder zumindest friedliche Partnerschaften umgewandelt werden. Aber die EU steht vor neuen Aufgaben, die zu lösen sind, um die Grundwerte für Europas Bürger auch im neuen Jahrhundert zu sichern.



Aufgabe

Das Jahr 2030 und ich

Wo und wie wollen Sie im Jahr 2030 leben, und was möchten Sie tun?

Diese Frage beantwortet sicherlich jede(r) anders. Die Verwirklichung Ihrer Wünsche hängt aber nicht nur von Ihren persönlichen Fähigkeiten und Ihrem Glück ab, sondern auch von den politischen Rahmenbedingungen.

Wie sieht Ihr Plan aus, was sind Ihre Forderungen an die Politik?

Ich möchte im Jahr 2030 in _____ wohnen und als _____

_____ berufstätig sein. Meine privaten Lebensumstände stelle ich mir so vor:

Um diese Ziele erreichen zu können, fordere ich heute von den Politikern meines Landes:

Von der europäischen Politik fordere ich heute:

Europa in der globalisierten Welt

► Es ist offensichtlich, dass die Volkswirtschaften der europäischen Staaten vor großen Herausforderungen stehen. Diese entstehen zum einen durch die Globalisierung, das heißt die Ausweitung der Marktwirtschaft auf große Teile der Welt. Güter, Kapital, Ideen und Informationen überqueren die Grenzen sehr schnell: Sie sind überall verfügbar – und schaffen weltweiten Wettbewerb.

Das hat für uns unmittelbare Konsequenzen: Für ein Unternehmen in Frankreich ist nicht mehr allein entscheidend, was die Mitbewerber im eigenen Land oder jenseits der Pyrenäen in Spanien anbieten. Es muss sich auch daran

orientieren, was zu welchem Preis in China, in den USA oder in Indien hergestellt wird, und es muss mit diesem Preis mithalten können – entweder indem es seine Produkte genauso billig anbietet oder indem es Waren herstellt, die zwar teurer, dafür aber auch besser sind.

Zum anderen verändern sich unsere Lebensbedingungen aus Gründen, die mit der Globalisierung nichts zu tun haben. Die Bürger werden immer älter, was auch die Gesellschaften insgesamt altern lässt. Das Erstgenannte ist sehr schön, denn es bedeutet, dass wir länger leben. Aber es heißt auch: Die

Aufwendungen für das Gesundheitswesen steigen, und die Renten müssen länger gezahlt werden.

Gleichzeitig – und das ist weniger schön – nimmt die Zahl der Neugeborenen ab. Viele Menschen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten für kleinere Familien entschieden oder haben sich sogar dazu entschlossen, gar keine Kinder in die Welt zu setzen. Das bedeutet aber auch ein volkswirtschaftliches Problem: Es wird immer weniger junge Menschen geben, die für immer mehr alte Menschen aufkommen müssen.

Die Europäische Union der Zukunft

Gegenwärtig wird innerhalb der EU und ihrer Mitgliedstaaten viel darüber diskutiert, wie die EU in der Zukunft aussehen soll. Viele Menschen beteiligen sich an dieser Diskussion. Und natürlich machen sich auch die Spitzenpolitiker der EU Gedanken darüber. Hier einige Beispiele. Bitte analysieren Sie sie – und diskutieren Sie dann, was Sie darüber denken!

1. Jean-Claude Juncker,

Präsident der Europäischen Kommission – politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission: „Ein neuer Anfang für Europa: Meine Agenda für Arbeitsplätze, Wachstum, Gerechtigkeit und demokratischen Wandel“, Straßburg, 15. Juli 2014:



„Ich möchte für eine Union arbeiten, die für Demokratie und Reform steht; die nicht aufdringlich ist und für statt gegen ihre Bürger arbeitet. Ich möchte für **eine Union arbeiten, die Ergebnisse liefert.**“

„Meine erste Priorität und der Leitfaden jedes einzelnen Vorschlags ist, Wachstum und **Arbeitsplätze in Europa zu schaffen.** Um das zu erreichen, werde ich in den ersten drei Monaten meiner Amtszeit ein Paket für Arbeitsplätze, Wachstum und Investition vorlegen, um 300 Milliarden Euro an Investitionen über die kommenden drei Jahre zu generieren.“

„KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen 85 % der neuen Arbeitsplätze in Europa – wir können sie nicht in Papierkram begraben, sondern **müssen sie von belastender Regulierung befreien.**“

„Es ist in jedermanns Interesse, dass Energiepolitik nicht für politische Ziele genutzt wird. Es ist an der Zeit, **dass Europa auf diesem Gebiet auf eigenen Füßen steht,** durch die Zusammenlegung unserer Rohstoffquellen,

Infrastrukturen und die Bündelung unserer Verhandlungsmacht.“

„Die Rettung des Euro war notwendig, aber **hat die soziale Dimension vernachlässigt.** Es ist inakzeptabel, dass in der Krise einfache Rentner die gesamte Last der Strukturreformen tragen mussten, während Reeder und Spekulanten noch reicher wurden. In Zukunft brauchen wir [...] gründliche soziale Folgenabschätzungen für alle neuen Unterstützungsmaßnahmen und -programme.“

„Ich will **ein vernünftiges und ausgewogenes Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika** aushandeln. Ich bin nicht bereit, die hohen europäischen Sicherheits-, Gesundheits-, Sozial- und Datenschutzstandards sowie unsere kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern.“

„Wir brauchen mehr Solidarität in unserer Einwanderungspolitik. Ich werde die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern stärken, um die Frage der irregulären Migration besser anzugehen. Zudem werde ich eine neue europäische Politik der legalen Migration verfolgen. Ich möchte, **dass Europa auf der Weltkarte ein attraktives Ziel für qualifizierte Zuwanderung wird.**“

„Es ist meine feste Überzeugung, dass wir gemeinsam als Union voranschreiten müssen, allerdings nicht alle unbedingt im gleichen Tempo. **Einige von uns haben vielleicht bereits ihr Ziel erreicht.** Ich war und bin weiterhin stets bereit, zuzuhören und zu helfen, um Lösungen für die Anliegen jedes einzelnen Mitgliedstaats zu finden.“

„**Die Geschlechtergleichheit ist kein Luxus, sondern ein politisches Muss.** Sie sollte für uns alle selbstverständlich

sein – dies gilt insbesondere für die Staats- und Regierungschefs, wenn es darum geht, Kandidaten für den Posten des EU-Kommissars vorzuschlagen. Das Bekenntnis nationaler Regierungen zu einem neuen, demokratischen Ansatz in Zeiten des Wandels steht hierbei auf dem Prüfstand.“

„Das Motto der Wahlkampagne des Europaparlaments war ‚Dieses Mal geht’s um mehr‘ – helfen Sie mir, dieses Wahlversprechen heute wahr zu machen. **Helfen Sie mir, der Welt zu zeigen, dass wir gemeinsam Europa neuen Antrieb verschaffen können.**“

Quelle: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-546_de.htm

2. Martin Schulz,

Präsident des Europäischen Parlaments, hat sich in einem Buch über die Europäische Union geäußert:



„Ich bin davon überzeugt, dass Europa weiter zusammenwachsen muss, wenn es nicht scheitern will. Aus dem Mund eines Europapolitikers mag diese Forderung wenig überraschen – schließlich ist dem gelangweilten Publikum oft genug gepredigt worden, unsere Gemeinschaft funktioniere wie eine Fahrradfahrt: Höre man einmal mit dem Treten auf, falle das Fahrrad um. Aber so meine ich es nicht. Die europäische Integration muss nicht zwangsläufig immer

weiter vorangetrieben werden, um ein Scheitern der EU zu verhindern. Es ist durchaus ein Zustand denkbar, den man als stabiles Endstadium der Einigung akzeptieren könnte. Dieser Zustand ist aber noch nicht erreicht. Das Mehr an Zusammenarbeit, das ich meine, fußt auf der schlichten Erkenntnis, dass wir an ein paar Stellen nicht sauber gearbeitet haben, als wir das europäische Gebäude errichteten. So verfügen wir etwa über eine gemeinsame Währung, nicht aber über eine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik. Das musste schiefgehen, und nun zeigen die viel zitierten Märkte jeden Tag, wie sich die Europäer aufgrund dieses Fehlers immer wieder gegeneinander ausspielen lassen. Auch bei der Ausgabenpolitik der EU haben wir eine falsche Weichenstellung vorgenommen. Anstatt in wichtige Zukunftsbereiche zu investieren, schützten wir unser Geld in Subventionsgräber und halten Branchen der Vergangenheit künstlich am Leben. Ebenso schlimm ist unsere geradezu babylonische Vielstimmigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, die uns international zur Lachnummer macht.

Nicht zuletzt brauchen wir darüber hinaus mittelfristig eine institutionelle Klarheit in der EU, da selbst Fachleute

mittlerweile Mühe haben, die eigentümlichen Zuständigkeiten zwischen dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, dem Kommissionspräsidenten, dem Ratspräsidenten und dem Präsidenten des Europäischen Rats auseinanderzuhalten. Was wir dringend

brauchen, ist eine echte europäische Regierung, die parlamentarisch gewählt und kontrolliert wird.“

Quelle: Martin Schulz: Der gefesselte Riese: Europas letzte Chance, Berlin, 2013.



Jello: „Entscheidet euch jeweils für eine Antwort und diskutiert eure Ergebnisse in der Klasse!“



Was wäre wenn: Ein Video stellt die Frage, wie unser Leben aussähe, wenn es die EU nicht gäbe. Das Video findest Du hier: http://bit.ly/Debate_Europe

Und jetzt sind SIE dran!

► Wie sehen Sie die Sache? Die Weiterentwicklung der Europäischen Union betrifft vor allem die junge Generation, die ihr Leben im 21. Jahrhundert leben und gestalten wird. Was wollen Sie? Was ist Ihnen wichtig?

Nehmen Sie die Texte der europäischen Spitzenpolitiker zum Anlass, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Fertigen Sie jeder für sich eine Prioritätenliste an! Was sind die wichtigsten drei Punkte für Sie? Und weitere drei Punkte für das, was Sie auf keinen Fall wollen.

So könnte die Liste aussehen:

Ich will unbedingt:	Ich will auf keinen Fall:
1.	1.
2.	2.
3.	3.

Vergleichen Sie Ihre Prioritäten miteinander und diskutieren Sie, was für ein Europa Sie gerne hätten.

Hier sind einige Anregungen: Wie muss die EU aussehen, damit die Herausforderungen gemeistert werden können? Denken Sie auch daran, was Sie bereits in der Aufgabe über die gemeinsame Währung (Wer soll über die gemeinsame Währung entscheiden?, Seite 28) diskutiert haben.

Größe

- Die EU muss größer werden. Nur mit mehr Staaten als jetzt verfügt sie über das nötige Gewicht.
- Die EU darf keine weiteren Mitglieder aufnehmen, weil sie sonst zu unterschiedlich wird und damit ihre Handlungsfähigkeit verliert.
- Die EU muss sich geschrumpfen. Um ihren Zusammenhalt zu stärken, sollen die Länder, die kein Interesse daran haben, die EU weiterzuentwickeln, die EU verlassen.

Kompetenzen

- Die EU muss mehr Rechte von den Mitgliedstaaten erhalten, um wirksam handeln zu können, das heißt: Es sollten mehr Entscheidungen zentral für die ganze EU in Brüssel und Straßburg getroffen werden.
- Die EU sollte bei ihrer jetzigen Aufgabenteilung zwischen ihr und den Nationalstaaten bleiben, weil die gut austariert ist.
- Die EU muss Kompetenzen an die Mitglieder zurückgeben und sich auf das Wesentliche, also den funktionierenden Binnenmarkt, konzentrieren. Umweltschutz, Verbraucherschutz oder Außenpolitik sollten von den Mitgliedstaaten wahrgenommen werden.

Militär

- Die EU muss eine eigene Europa-Armee aufbauen, um ihren Forderungen Nachdruck verleihen und eigene Militärfaktionen, z. B. auf dem Balkan oder in Afrika, durchführen zu können.
- Die EU ist eine Zivilmacht und sollte sich nicht in militärische Fragen einmischen.

- Die EU sollte ihre jetzige Zusammenarbeit mit der NATO beibehalten und ihre Eingreiftruppen nur in begrenzten Einsätzen verwenden, wenn die NATO nicht interessiert ist.

Beschlussfassung

- In der EU sollten Beschlüsse allein durch das Europäische Parlament getroffen werden, weil dessen Abgeordnete von uns allen gewählt werden.
- Beschlüsse in der EU sollten wie bisher vom Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament gemeinsam getroffen werden.
- Wichtige Beschlüsse sollten einem Europareferendum unterworfen werden, das in der gesamten EU am selben Tag stattfindet.

Entscheidungsverfahren

- In der EU sollten grundsätzlich Mehrheitsentscheidungen getroffen werden, weil man sich mit 28 Staaten sonst selten und nur in langen Verfahren einigen kann.
- In der EU sollten grundsätzlich einstimmige Entscheidungen getroffen werden, weil man keinen selbstständigen Staat überstimmen sollte.
- In der EU sollten die alltäglichen Fragen mit Mehrheit, die Grundsatzfragen dagegen einstimmig entschieden werden, weil das ein guter Ausgleich zwischen Effizienz und Berücksichtigung aller wäre.

Der Euro

- Je mehr Staaten den Euro als Währung übernehmen, desto enger wächst Europa zusammen. Wir sollten daher darauf drängen, dass möglichst viele Staaten die gemeinsame

Währung übernehmen und ihnen dabei gegebenenfalls auch finanziell helfen.

- Nur Länder, die sich wirklich an die Bedingungen der Währungsunion halten, sollten Mitglied des Euro-Währungsgebiets sein. Sie sollten in Bezug auf die Regeleinhaltung fortwährend kontrolliert werden.
- Eine gemeinsame Währung ist nicht gut für Europa. Gerade in Krisen zeigt sich, dass man sich in der EU nicht auf eine einheitliche Politik einigen kann. Eine nationale Finanz- und Währungspolitik könnte schneller und besser handeln. Die EU sollte daher zu den nationalen Währungen zurückkehren, was Zusammenarbeit ja nicht ausschließt.

Arbeitsplätze

- Die Europäische Union sollte Arbeitsplätze aktiv schaffen. Durch von ihr unterstützte, möglichst grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte, z. B. Straßen- oder Brückenbau, um EU-Mitgliedstaaten miteinander zu verbinden, könnten viele Arbeitsplätze entstehen.
- Die Staaten wissen selbst am besten, wie bei ihnen Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die EU braucht sich darum nicht zu kümmern.
- Arbeitsplätze müssen nicht erst geschaffen werden, wir haben genug offene Stellen in Europa. Durch den Ausbau der Freizügigkeit und bessere Informationen könnten Arbeitssuchende schneller einen Arbeitsplatz finden.

Die Union der Bürgerinnen und Bürger



► Wie wir schon gesehen haben, werden die europäischen Bürger in der EU vom Europäischen Parlament vertreten.

Das Europäische Parlament wird von allen Wahlberechtigten in der Europäischen Union für fünf Jahre gewählt. Wahlberechtigt ist man mit 18 Jahren, in Österreich sogar schon mit 16. Das passive Wahlalter unterscheidet sich in den Mitgliedstaaten. Während man beispielsweise in Finnland, Dänemark oder Deutschland schon mit 18 Jahren ins Europäische Parlament gewählt werden kann, liegt diese Schwelle beispielsweise in Litauen, Polen oder dem Vereinigten Königreich bei 21 Jahren. In Zypern, Italien oder Griechenland muss man sogar 25 Jahre alt sein, bevor man Europaabgeordneter werden kann. EU-Bürger, die in einem anderen EU-Land leben (also beispielsweise Österreicher in Ungarn), können dort ihre Stimme abgeben. Das Parlament ist ein wichtiger Entscheidungsfaktor der europäischen Politik. Das Parlament ist gemeinsam mit dem Rat der Gesetzgeber in der Europäischen Union. Das bedeutet: Ohne das Europäische Parlament läuft in Europa nichts!

Obwohl das Europäische Parlament wichtige Funktionen hat und die Bürgerinnen und Bürger direkt vertritt, ist das Interesse an den Europawahlen relativ gering. Der Einfluss des Europäischen Parlaments ist seit 1979 stark gestiegen. In immer mehr Angelegenheiten kann das Parlament mitentscheiden. Doch obwohl das Europäische Parlament heute viel mehr zu sagen hat als noch vor 35 Jahren, ist die Wahlbeteiligung gesunken. Im EU-Durchschnitt haben nur 42,5 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 ihre Stimme abgegeben.

Aufgabe

Warum ist die Wahlbeteiligung so gering?

Besprechen Sie Ihre Vermutungen und Überlegungen in einer kleinen Gruppe und fragen Sie dann Menschen, die 2014 wahlberechtigt waren, zum Beispiel Ihre Eltern, Bekannte oder Leute auf der Straße, ob sie an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilgenommen haben. Falls nein: Warum nicht?

Sammeln Sie Ihre Ergebnisse auf einem Plakat, stellen Sie dabei Argumente „pro und contra zur Wahl gehen“ in einer Tabelle einander gegenüber! Fallen Ihnen noch zusätzliche Argumente ein? Dann ergänzen Sie!

Aufgabe

Und Sie? Was werden Sie tun?

Bitte begründen Sie Ihre Entscheidung! Was müsste geschehen, damit sich Ihre Einstellung verändert?

Ich bin im Frühsommer 2019		wahlberechtigt		noch nicht wahlberechtigt
Ich werde/würde		zur Wahl gehen		zu Hause bleiben

Die Europäische Union – ein Zusammenschluss mit Zukunft

- Die Europäische Union ist nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel gegründet worden, die jahrhundertelange Feindschaft zwischen den europäischen Staaten durch Freundschaft und Zusammenarbeit zu ersetzen.

Über 60 Jahre später kann man sagen, dass dieses Ziel erreicht worden ist. Zwar gibt es immer noch gegenseitige Vorurteile, aber keiner bedroht den anderen mehr mit Krieg. Meinungsverschiedenheiten werden in Konferenzräumen ausgetragen und im Allgemeinen mit einem Kompromiss beigelegt, mit dem alle beteiligten Staaten gut leben können.

Die Europäische Union hat ihr ursprüngliches Ziel, den Frieden unter den Mitgliedstaaten zu sichern, also erreicht. Aber sie ist dadurch nicht überflüssig

geworden, denn die Werte, für die sie steht, sind nach wie vor gültig.

Europa steht vor neuen Herausforderungen – von der Abwehr des Klimawandels über die Mitgestaltung der Globalisierung bis zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Es ist völlig klar, dass kein einzelner Staat in Europa diese Aufgaben allein lösen kann. Aber zusammen sind wir mehr als eine halbe Milliarde gut ausgebildeter Menschen mit einer starken Wirtschaft im Rücken. Gemeinsam können wir etwas ausrichten. Die Europäische Union hilft uns dadurch, unser persönliches Leben so zu gestalten, wie es unseren eigenen Vorstellungen entspricht.

Dabei wird natürlich auch immer diskutiert und gestritten, wie die EU sich

weiterentwickeln soll. Eine Patentlösung gibt es nicht, und die Vorstellungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten sind ganz unterschiedlich.

Die EU ist also ein „work in progress“, sie ist eine Institution, die sich ständig verändert. Damit sie sich in die Richtung entwickelt, die wir, die Bürger Europas, für richtig halten, müssen wir uns engagieren. Der erste Schritt ist die Teilnahme an den Wahlen des Europäischen Parlaments. Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto stärker kann das Parlament auf Einfluss und Mitsprache pochen. Wenn wir nicht wollen, dass andere für uns entscheiden, müssen wir es selbst tun. Das Europäische Parlament hilft uns dabei.

Wir und Europa

- Eine gute Möglichkeit, sich über das Europäische Parlament zu informieren, ist es, Ihre(n) Europaabgeordnete(n) einmal in die Schule einzuladen und zu befragen. Natürlich ist ein Gespräch mit einem Mitglied des Europäischen Parlaments aber nicht die einzige Möglichkeit, sich über Europa zu informieren oder sich selbst zu engagieren.

„Hoffentlich fandet ihr dieses Magazin interessant! Wenn ihr mehr wissen wollt, haben wir ein paar Tipps auf der nächsten Seite zusammengestellt. Tschüss!“



Nachfolgend einige Tipps, was Sie lesen oder tun können, um mehr über Europa zu erfahren.

- **Kinderecke**
Spiele und Quizfragen über Europa für Kinder und Jugendliche:
http://europa.eu/kids-corner/index_de.htm
- **Die EU für Lehrer/-innen**
Lehrmaterial über die Union und ihre Tätigkeiten:
http://europa.eu/teachers-corner/index_de.htm
- **Europäisches Jugendportal**
Europäische und nationale Seiten über Bildung, Arbeit, Reisen und vieles andere für Jugendliche:
http://europa.eu/youth/EU_de
- **Europe Direct**
Informationszentren der EU überall in Europa. Sie können Ihre Fragen telefonisch oder per E-Mail stellen oder ein Zentrum in Ihrer Nähe besuchen:
http://europa.eu/europedirect/index_de.htm
- **Die Geschichte der Europäischen Union**
Informationen und Videos über die Gründerväter der EU:
http://europa.eu/about-eu/eu-history/index_de.htm
- **Ihr Europa**
Rat und Hilfe für Angehörige eines EU-Landes und ihre Familien:
http://europa.eu/youreurope/citizens/index_de.htm
- **Debatte über die Zukunft Europas**
Informationsportal über die Europäischen Debatten:
http://ec.europa.eu/citizens-dialogues/index_de.htm

Aufgabe

Sehen Sie sich die angegebenen Internetadressen an.

Teilen Sie sich dazu in Gruppen auf. Jede Gruppe nimmt sich eine Internetadresse vor und findet genau heraus, was es dort an Informationen und Anregungen gibt. Was hat Ihnen an den Seiten gut gefallen, was nicht? Anschließend tragen Sie Ihre Ergebnisse den anderen vor. So muss sich jede(r) nur eine Internetseite ansehen – und weiß hinterher trotzdem alles.

Viel Spaß dabei!

Weitere Informationen über die Europäische Union



DIE EU IM INTERNET

Informationen über die Europäische Union sind in allen Amtssprachen abrufbar unter:
europa.eu



BESUCHEN SIE UNS!

In ganz Europa gibt es Hunderte von örtlichen EU-Informationszentren. Die Anschrift des nächstgelegenen Zentrums finden Sie unter:
europedirect.europa.eu



RUFEN SIE UNS AN ODER SCHREIBEN SIE UNS!

Europe Direct beantwortet Ihre Fragen über die Europäische Union.

Sie erreichen diesen Dienst über die gebührenfreie Rufnummer **00 800 6 7 8 9 10 11** (einige Mobilfunkbetreiber gewähren keinen Zugang zu „00800“-Nummern oder berechnen möglicherweise eine Gebühr) oder gebührenpflichtig von außerhalb der EU: **+32 22999696** bzw. per E-Mail über **europedirect.europa.eu**



LESENSWERTES

Veröffentlichungen über die EU sind nur einen Mausklick entfernt auf der Website des EU Bookshop:
bookshop.europa.eu

Für Auskünfte und Veröffentlichungen über die Europäische Union in deutscher Sprache wenden Sie sich bitte an:

VERTRETUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Unter den Linden 78
10117 Berlin
DEUTSCHLAND
Tel. +49 302280-2000
Internet: ec.europa.eu/deutschland/
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu

Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4
53111 Bonn
DEUTSCHLAND
Tel. +49 228530090
E-Mail: eu-de-bonn@ec.europa.eu

Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München

Bob-van-Bentheim-Platz 1
80469 München
DEUTSCHLAND
Tel. +49 892424480
E-Mail: eu-de-muenchen@ec.europa.eu

Vertretung in Belgien

Rue de la Loi 170
1040 Bruxelles
BELGIEN
Tel. +32 22953844
Internet: ec.europa.eu/belgium/
E-Mail: comm-rep-bru@ec.europa.eu

Vertretung in Luxemburg

Europahaus
7, rue du Marché-aux-Herbes
1728 Luxembourg
LUXEMBURG
Tel. +352 4301-34925
Internet: ec.europa.eu/luxembourg/
E-Mail: comm_rep_lux@ec.europa.eu

Vertretung in Österreich

Haus der Europäischen Union
Wipplingerstraße 35
1010 Wien
ÖSTERREICH
Tel. +43 151618-0
Internet: ec.europa.eu/austria/
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu

EUROPÄISCHES PARLAMENT INFORMATIONSBÜRO

Informationsbüro für Deutschland

Europäisches Haus
Unter den Linden 78
10117 Berlin
DEUTSCHLAND
Tel. +49 302280-1000
Internet: europarl.de
E-Mail: epberlin@europarl.europa.eu

Informationsbüro München

Bob-van-Bentheim-Platz 1
80469 München
DEUTSCHLAND
Tel. +49 892020-8790
Internet: europarl.de
E-Mail: epmuenchen@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Belgien

Rue Wiertz 60
1047 Bruxelles
BELGIEN
Tel. +32 22842005
Internet: europarl.be/
E-Mail: epbrussels@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Luxemburg

Europahaus
7, rue du Marché-aux-Herbes
2929 Luxembourg
LUXEMBURG
Tel. +352 4300-22597
Internet: europarl.lu/
E-Mail: epluxembourg@europarl.europa.eu

Informationsbüro für Österreich

Haus der Europäischen Union
Wipplingerstraße 35
1010 Wien
ÖSTERREICH
Tel. +43 151617-0
Internet: europarl.at
E-Mail: epwien@europarl.europa.eu

Vertretungen der Europäischen Kommission und Büros des Europäischen Parlaments bestehen auch in den übrigen Ländern der Europäischen Union. Delegationen der Europäischen Union bestehen in anderen Teilen der Welt.

Europa.

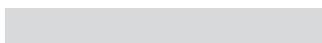
Das Wissensmagazin für Jugendliche

„Europa liegt woanders.“ Dieser provozierende Satz eröffnet das erste Kapitel der Broschüre „Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche“. Natürlich stimmt das nicht – als EU-Bürger sind wir in Europa zuhause. Und da ist es ganz normal, dass wir viele Fragen zu Europa haben: Was bedeutet Europa, und wie funktioniert die EU? Wer regiert Europa? Was bedeutet die Europäische Union für uns Menschen im Alltag? Wohin entwickelt sich unser Kontinent in einer globalisierten Welt? Wie soll die Zukunft Europas aussehen? Alle diese Fragen werden in dieser Broschüre behandelt.

Das Magazin richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 13 und 18 Jahren und bietet diesen die Möglichkeit, die jeweiligen Themen mithilfe von Lese- und Lernmaterialien sowie im Rahmen von Diskussionen interaktiv zu erarbeiten. Für Lehrerinnen und Lehrer steht ein Begleitheft zur Verfügung.



Mitgliedstaaten der Europäischen Union (2015)



Beitrittskandidaten und potenzielle Beitrittskandidaten



Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-79-40210-4
doi:10.2775/25536